Nr. 7 XVIII. Jahrgang

Hamburg, 15. Februar 1912

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebküchler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Schokoladen- u. Keksindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2.

Erscheint jeden Donnerstag. Redaktionsschluß Montag morgen 10 Uhr.

Insertionspreis pro dreigespaltene Petitzeile 50 Pfg., für die Zahlstellen 30 Pfg.

Natürliche und unnatürliche Arbeiterfeinde nach den Reichstagswahlen.

Verklungen und verweht sind nun all die duftenden Verleumdungen, mit denen man glaubte, den Vormarsch der sozialdemokratischen Volksbewegung bei der Reichstagswahl verhindern zu können. Nichts mehr von der angeblichen Religionsfeindschaft der Sozialdemokratie, nichts mehr über „Vaterlandsverrat“ und „Antinationalität“. Dafür besehen sich unsere Gegner nun die Sachlage, wie sie der Aufmarsch der 4¼ Millionen sozialdemokratischer Wählerstimmen und der Einzug von 110 roten Volksmännern in den Reichstag geschaffen hat.

Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ hält (in einem Artikel „Zur Lage“ im Hauptblatt ihrer Nr. 4 vom 28. Januar 1912) wenig von dem „mageren Trostspruch jener Elemente, die da zu erklären nicht müde werden, „daß es erst noch viel schlimmer kommen müsse, ehe es besser werden könne“. Das Blatt meint dann:

„In Wahrheit ist es so schlimm gekommen, wie es überhaupt nur kommen konnte. Aber die erhoffte rettende Katastrophe bleibt aus; wird aller Wahrscheinlichkeit nach auch noch recht lange ausbleiben. In der Zwischenzeit aber dürfte sich so manches ereignen, was jenen Trostspendern, was vor allem dem deutschen Unternehmertum so peinlich wie nur möglich ist. Schon heute wissen wir, um nur ein einzelnes Beispiel anzuführen, daß von der so sehnlich erhofften Vermehrung des Schutzes der Arbeitswilligen keine Rede mehr sein wird. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat die Erklärung abgegeben, daß die Berliner Regierung „gegen Ausnahmegesetze“ sei.“

Das Unternehmerblatt quält sich dann ab, den geängsteten „Arbeitgebern“ und der Regierung einzureden, daß ein Ausnahmegesetz „zum Schutze der Arbeitswilligen“ eben doch kein Ausnahmegesetz sei. Ohne viel Hoffnung; denn es heißt weiter:

„Aber es ist völlig unnötig, sich mit solcher Begriffsdefinition überhaupt abzuquälen: der zitierte offiziöse Einwand ist eben lediglich als Ausfluß des ängstlichen Bemühens anzusehen, sich von vornherein in die kommende Aera einer Politik der Konzessionen gegenüber der Viermillionenpartei einzuleben, die uns noch ganz andere Ueberraschungen bescheren wird, als etwa die behördliche Preisgabe des Rechtes der sozialpolitisch Schwächeren auf die Inschutznahme ihrer Interessen gegenüber den sozialpolitisch Stärkeren, nämlich den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern. Die Etablierung der sozialdemokratischen Fraktion als maßgebende Instanz der Gesetzgebung wird des ferneren auch der weiteren Vermehrung ihres Einflusses auf die breite Masse um so mehr zum Vorteil gereichen, als die mit ihrer Hilfe bewirkte Konstruktion neuer sozialpolitischer Gesetze jeder Art der sozialdemokratischen Klientel den denkbar besten Beweis dafür liefert, daß sie ihre Sache guten Händen anvertraut hat. Welchem Ziele eine solche Entwicklung schließlich zusteuern muß, wenn derart die Herrschaft der Roten unter freundwilliger Duldung der leitenden Kreise vollkommen stabilisiert worden ist, das mag dahingestellt bleiben.“

„Der rechte Augenblick ward verpaßt!“ Das ist der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ die „Quintessenz“ ihrer Wahlbetrachtung. Wenn nun die Welt derart grau wie der Himmel vor dem großkapitalistischen Unternehmertum liegt, dann können die Arbeiter und besonders auch die Gewerkschaften die Dinge ja schon rosig sehen. „Wat den enen sin Uhl, is den annern sin Nachtigall!“ sagt der Mecklenburger Fritz Reuter.

In der folgenden Nr. 5 vom 4. Februar 1912 spinnt das Berliner Unternehmerblatt den Faden noch weiter. Es ist sehr bezeichnend, daß es die sozialpolitischen Tagesfragen sind, die dem Blatt beim neuen Reichstag eine große „Gefahr“ sehen läßt. Das Unternehmerblatt sucht die „verrannten Parteidoktrinäre“ unter den Liberalen mit den sozialpolitischen Forderungen der Sozialdemokraten zu schrecken; es sieht „das Geschick der nationalen Gesamtheit“ (muß heißen der Ausbeuter-„Gesamtheit“!) auf das ärgste bedroht, wenn nicht zu „entschiedenster Bekämpfung solcher gesetzgeberischer Projekte“ und zur Einigung der „Bürgerlichen“ gegen die Sozialdemokratie geschritten werde:

„Die Sozialdemokratie fordert: Sicherung des Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrechts für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten; Errichtung eines Reichsarbeitsamtes, von Arbeitsämtern und Arbeiterkammern; Wahl der Beisitzer durch die Interessenten auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts; Ausbau der Gewerbeinspektion durch Zuziehung von Arbeitern und Arbeiterinnen als Hilfsorgane; gesetzlich festgelegten Normalarbeitstag von acht Stunden; weitere Verkürzung der Arbeitszeit in gesundheitsschädlichen Betrieben; Reform der Arbeiterversicherung; Aufhebung der Benachteiligung der ländlichen Arbeiter und Dienstboten; direkte Wahl der Vertreter, Erweiterung des Rechtes der Arbeiter in den Vertretungskörpern; Erhöhung der Leistungen, Herabsetzung des Alters für den Bezug der Altersrente von dem 70. auf das 65. Lebensjahr; auskömmliche Schwangeren- und Wöchnerinnenunterstützung, Stillprämien und unentgeltliche Hebammen- und Arzthilfe.“

Das also sind die Forderungen, die dem Berliner Unternehmerblatt nun, da 110 Sozialdemokraten in den Reichstag eingekehrt sind, solch Gruseln verursachen! —

Unsere unnatürlichen Gegner, die aus dem zentrumschristlichen Lager, haben sich ja, besonders im Westen Deutschlands, in brünstigem Liebeswerben dem Großkapital an den Hals geworfen. Christliche Führer taten in Bochum schier Uebermenschliches und Ueberchristliches, um den bewährten Verfechter der Interessen der Berg- und Hüttenleute, den Genossen Hué, zu verdrängen und dafür einen Mann in den Reichstag zu bringen, der, wie selbst christliche Gewerkschaftsblätter berichtet haben, früher zum Streikbruch aufgefordert und auch selbst Streikbruch verübt hat! Diese Tatsachen müssen den christlichen Arbeitern im Lande bekannt werden. Die zentrumschristlichen Macher, denen es ja verboten ist, im Arbeiterinteresse gegen das Interesse der Junker und der Kapitalisten zu wirken, haben sich gedacht, daß ihre eigenen großen Tat- und Unterlassungssünden geringer scheinen würden, wenn sie verhinderten, daß die sozialdemokratischen Vertreter im Interesse des breiten Volkes wirken können. Daß dies ein arger Trugschluß war, wird ja die Zeit noch weiter lehren.

Die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ in München-Gladbach, das Sammelbecken des Gewerkschaftschristentums, erwähnt (in ihrer Nr. 5 vom 3. Februar 1912) auch bereits die „bange Frage“, die „angesichts des sozialdemokratischen Wahlsieges auch manchem Zentrumswähler auf die Lippen“ gekommen sei: „Wohin soll das führen?“

Das verbissen klerikale Blatt hat nur eine verlogene und zugleich ulkige Antwort. Vor der Wahl konnte man in den zentrumschristlichen Blättern doch so oft lesen, wie man der Sozialdemokratie „ihre Stellung zur Reichsversicherungsordnung um die Ohren schlagen“ wolle und dergleichen. Nun können die Leutchen selbst ordentlich Trübsal blasen. Hören wir die „Trost“gründe der München-Gladbacherin:

„Nur ruhig Blut. Die Welt wird schon wieder vernünftig werden. Nur nicht erlahmen in der systematischen Aufklärungsarbeit im Volke. Wer es heute ehrlich mit unserm Volke meint, der arbeite rüstig weiter, es zu politischer Reife und Verantwortlichkeit zu erziehen, statt vom heutigen Zustande der Unreife die wildesten Konsequenzen zu ziehen. Die rote Flutwelle von heute ebbt wieder zurück. Gewiß, zunächst bekommen die bürgerlichen Parteien allesamt den Uebermut der Sieger zu kosten. Was die Sozialdemokratie neuerdings unter so eigenartigen Umständen erobert hat, wird neue Begeisterung und Kampfeslust in den roten Herrschaften auslösen, wird das Riesenheer weiterhin beleben und angriffslustig machen. Das werden insbesondere die christlich-organisierten Arbeiter spüren.“

Die Bestürzung der christlichen Arbeiter, die den Zentrumsführern bis annoch nachliefen, zuckt ja deutlich aus diesen Worten. Mit dem „Wiederabebben“ der „roten Flut“ haben sich die Arbeiterfeinde nun seit der Attentatszeit regelmäßig zu trösten gesucht, aber es kam immer anders. Die Flut stieg weiter! Und sie wird weiter steigen!

110 Abgeordnete im Reichstag und 4¼ Millionen Wähler im Lande werden dafür sorgen.

Die Entwicklung der Staffelbeiträge.

In Nr. 6 des Vorjahres, 1911 wurde in einer Abhandlung die Gestaltung der Staffelbeiträge im ersten Vierteljahr nach ihrer Einführung besprochen. Damals konnten aber nur die geleisteten Beiträge in den einzelnen Staffeln festgestellt werden; es war aber noch verfrüht, hieraus allgemeine Schlußfolgerungen zu ziehen. Nun liegt die Zusammenstellung über die Beitragsleistung für das vergangene Jahr vor. Hierbei ist von besonderem Interesse die prozentuale Abnahme der niedrigsten Beiträge für die männlichen Mitglieder und das ständige Steigen des Prozentverhältnisses in den höchsten Beitragsstaffeln. Die Befürchtungen der Minderheit der Delegierten auf der Generalversammlung in Berlin, daß die Staffelung der Beiträge nicht das mit sich bringen werde, was von den Befürwortern zur Begründung angeführt wurde, sind erfreulicherweise nicht eingetreten. Es kann heute sogar das Gegenteil von dem festgestellt werden, weil die Zahl der umgesetzten Beitragsmarken in den höheren Staffeln von Quartal zu Quartal bedeutend zugenommen hat. Selbst die 40-₰-Staffel, die zum größten Teil für die jugendlichen Kollegen und die weiblichen Mitglieder in Frage kommt, war im ständigen Steigen begriffen. Nachstehende Tabelle veranschaulicht die Entwicklung der Staffelbeiträge:

Beiträge à	4. Quartal 1910		1. Quartal 1911		2. Quartal 1911		3. Quartal 1911		4. Quartal 1911	
	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%
20 ₰	—	—	—	—	23	—	10	—	40	—
25 „	36610	15,0	37623	15,8	37638	14,6	39151	15,1	53963	18,0
40 „	1586	0,7	2122	0,9	2221	0,9	2566	1,0	2397	1,1
50 „	70240	28,9	48064	20,1	50689	19,6	48527	18,7	51946	17,4
60 „	101890	41,8	109006	45,7	116001	44,9	112656	43,4	122685	41,0
75 „	33149	13,6	41694	17,5	51618	20,0	56835	21,8	67458	22,5
Zus.	243475	100,0	238509	100,0	258190	100,0	259745	100,0	299389	100,0

Von den 1 055 833 umgesetzten Beiträgen wurden in der 25-₰-Staffel 168 375 = 15,88 pZt., in der 40-₰-Staffel 10 206 = 0,97 pZt., in der 50-₰-Staffel 199 226 = 18,95 pZt., in der 60-₰-Staffel 460 348 = 43,75 pZt. und in der 75-₰-Staffel 217 605 Stück = 20,45 pZt. an die Mitglieder abgegeben. In den beiden höchsten Staffeln ist weit über die Hälfte aller verkauften Marken gebraucht worden.

Ebenfalls ist es von Interesse, zu wissen, wieviel Mitglieder in den einzelnen Staffeln ihre Beiträge entrichten. Hierüber erhalten wir in beistehender Tabelle Auskunft:

Es bezahlten Mitglieder in den Beitragsstaffeln:

Beiträge à	4. Quartal 1910		1. Quartal 1911		2. Quartal 1911		3. Quartal 1911		4. Quartal 1911	
	Mitgl.	%	Mitgl.	%	Mitgl.	%	Mitgl.	%	Mitgl.	%
20 ₰ . :	—	—	—	—	2	—	1	—	4	—
25 „ . .	3465	15,0	3766	15,8	3669	14,6	3840	15,1	4763	18,0
40 „ . .	157	0,7	214	0,9	225	0,9	254	1,0	290	1,1
50 „ . .	6675	28,9	4791	20,1	4926	19,6	4756	18,7	4605	17,4
60 „ . .	9655	41,8	10892	45,7	11285	44,9	11038	43,4	10851	41,0
75 „ . .	3141	13,6	4171	17,5	5027	20,0	5545	21,8	5955	22,5
Zus.	23093	100,0	23834	100,0	25134	100,0	25434	100,0	26468	100,0

Die großen Erfolge unserer Organisation im vergangenen Jahre müssen jedes Mitglied zu doppeltem Eifer in der Werbearbeit für seinen Verband anspornen. Unsere Kraft muß mit jedem Tage wachsen!

In den beiden höchsten Staffeln bezahlen demnach 16 806 Mitglieder = 63,5 pZt. ihre Beiträge, was gleichbedeutend ist mit dem, daß mehr als drei Fünftel aller Mitglieder in den beiden höchsten Beitragsstaffeln sind. Die niedrigste Staffel für die männlichen Mitglieder ist ständig im Rückgang, obgleich die Organisation von Jahr zu Jahr mehr in die Gegenden eindringt, wo die Lohnverhältnisse außerordentlich schlecht sind. Damit ist aber auch festgestellt, daß ein sehr großer Teil der Mitglieder freiwillig in die höchsten Staffeln übergetreten ist.

Was aber besonders hervorgehoben werden muß, das ist die ständige Zunahme der verkauften 75-₰-Marken. Im vierten Quartal 1910 wurden 33 149 Stück und im vierten Quartal 1911 mehr als das Doppelte, nämlich 67 458 Stück, verkauft. Der prozentuale Umsatz stieg von 13,6 pZt. auf 22,5 pZt. Am Schlusse des vierten Quartals 1910 bezahlten in dieser Staffel 3141 Mitglieder ihre Beiträge, während Ultimo Dezember des Vorjahres 5955 Mitglieder dieser Staffel angehörten. Wie ja leicht erklärlich, werden die 75-₰-Marken zum weitaus größten Teile in den Großstädten umgesetzt. Davon aber entfallen mehr als die Hälfte — 113 147 — allein auf Berlin; an zweiter Stelle folgt Hamburg mit 41 508, dann kommen in großen Abständen Leipzig mit 7685 und München 5045. Diese wenigen Zahlen liefern auch den Beweis, daß ein großer Teil der Mitglieder freiwillig die Beiträge in der höchsten Staffel bezahlt. Die Vorteile, die hierbei die Verbandskollegen haben, äußern sich in den höheren Unterstützungen aller Arten. Es ist auch erklärlich, daß die Mitglieder Vorsorge treffen und sich bei eintretender Erwerbslosigkeit gut versichern.

Die Sparsamkeit, die noch vielfach von Mitgliedern angetroffen wird, indem sie ihre Beiträge auf Grund ihres Verdienstes in einer niedrigen Klasse entrichten, ist falsch angebracht. So bezahlt ein Mitglied in der 50-₰-Staffel ℳ 13 an Beiträgen im Jahre weniger als der Kollege, welcher der 75-₰-Staffel angehört. Bei der Erwerbslosenunterstützung kann jedoch das Mitglied in der höchsten Staffel schon nach einem Jahre Beitragsleistung ℳ 17,50 mehr Unterstützung beanspruchen als der Kollege, welcher nur 50 ₰ Beitrag leistet. Dieses Beispiel kann bei sämtlichen Unterstützungsarten wiederholt werden. Dieser Umstand trug vornehmlich dazu bei, daß ein großer Teil der Mitglieder freiwillig die höchsten Beiträge bezahlt. Der Zustrom der Mitglieder nach den höheren Beitragsstaffeln findet seine Erklärung: die sozialen Versicherungsgesetze bieten dem Arbeiter bei eintretender Krankheit keine Gewähr, um sich in solchen Zeiten vor der größten Not schützen zu können. Mit der Arbeitslosenversicherung ist überhaupt erst in einzelnen Kommunen ein kleiner Anfang gemacht. Will sich aber der Arbeiter in Zeiten der Erwerbslosigkeit schützen, dann bleibt ihm nichts anderes übrig, als in seiner Organisation eine gut ausgebaute Unterstützungseinrichtung zu schaffen. In unserer Organisation ist diese Einrichtung getroffen worden, und wie die Tatsachen beweisen, hat sie sich auch für die Mitglieder gut bewährt.

Wird der Vorgang — der Zustrom der Mitglieder in die höchste Beitragsstaffel — auch in den kommenden Jahren anhalten, dann können wir bald berichten, daß in allen Großstädten für alle männlichen erwachsenen Verbandsmitglieder der 75-₰-Beitrag einheitlich bezahlt wird. In den Orten, wo bereits die Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich geregelt sind, wird sicher schon früher der Einheitsbeitrag von 75 ₰ eingeführt. Hier wissen die Funktionäre wie auch die Mitglieder, daß die Errungenschaften nur aufrechtzuerhalten sind und weiter ausgebaut werden können, wenn wir mit gefüllten Kassen in Kriegsbereitschaft stehen, um die Mitglieder bei ausbrechenden Kämpfen durch höhere Unterstützungsleistung weit mehr noch schützen zu können.

Nicht durch Zwang soll das verwirklicht werden, sondern lediglich in der gesunden Erkenntnis der obwaltenden Tatsache, daß, je opferfreudiger die Mitglieder sind, um so höher die Leistungsfähigkeit der Organisation gesteigert werden kann. Dadurch erhöht sich auch die Schlagfertigkeit des Verbandes bei den wirtschaftlichen Kämpfen. Es liegt also im ureigenen Interesse der Mitglieder selbst, wenn sie aus der Entwicklung der Staffelbeiträge im Vorjahre Nutzanwendung ziehen und sich ebenfalls der 75-₰-Staffel anschließen. Die Mehrausgaben, die durch den höheren Beitrag entstehen, werden ihnen wieder tausendfältig in den höheren Unterstützungssätzen, wie auch in der früheren Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen zunutze kommen.

Das Problem, welches durch die Einführung der Staffelbeiträge auf der Berliner Generalversammlung gelöst wurde, hat sich außerordentlich gut für die Weiterentwicklung der Organisation als auch für die Mitglieder bewährt. Das war aber nur möglich, weil die große Mehrheit der Mitglieder dieser Neueinführung verständnisvoll gegenüberstand und allerorts zur Durchführung beitrug. Nach dem vorliegenden Ergebnis im ersten Jahre sind wir uns dessen sicher, die Mitglieder und Funktionäre werden bestrebt sein, alles daranzusetzen, um die höchsten Staffeln der Beitragsleistung für alle Mitglieder einzuführen.

Arbeitslosigkeit in deutschen Fachverbänden.

Von den 56 zurzeit an die Arbeitslosenstatistik des Kaiserlichen Statistischen Amtes angeschlossenen Verbänden haben sich für das vierte Quartal des verflossenen Jahres 53 Verbände rechtzeitig an der Berichterstattung beteiligt. Diese Verbände hatten 2 038 002 Mitglieder; Berichte liegen jedoch nur für 1 947 694 Mitglieder vor. Als arbeitslos am Ort wurden am Ende der letzten Woche des Dezember 43 997, auf der Reise 3199, zusammen 47 196 Mitglieder gezählt. Das sind 2,4 vom Hundert. Im Oktober betrug diese Verhältniszahl 1,5, im November 1,7. Am Schlusse des Jahres hatte also die Arbeitslosigkeit stark zugenommen. Diese Zunahme ist nicht bei allen Verbänden gleichmäßig aufgetreten, nur 13 Verbände sind daran beteiligt und zwar Bauhandwerker, Tapezierer, Gärtner, zwei Schuhmacherverbände, Lederarbeiter, Buchdrucker, Zigarrensortierer, Staats- und Gemeindearbeiter, Glasarbeiter, Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter, Holzarbeiter sowie unser Verband. Von unsern Mitgliedern waren am Schlusse des Jahres 7,5 pZt. arbeitslos gegen 7,1 pZt. im November 1911 und 5 pZt. am Ende des Jahres 1910. Mit dieser Zahl stehen wir unter den 53 Verbänden an sechster Stelle; nur fünf Verbände hatten noch mehr Arbeitslose, und zwar die Bildhauer 14,3 pZt., die Friseure 13,1 pZt., die Bauhandwerker (G. D.) 13 pZt., die Tapezierer 11,3 pZt. und die Tabakarbeiter 7,9 pZt. Die rohe Berechnung der Arbeitslosigkeit im Verhältnis zur Mitgliedschaft gibt kein zutreffendes Bild von der wirklichen Lage; um ein zuverlässiges Resultat zu erhalten, sind auch die Arbeitslosenfälle und die Dauer der Arbeitslosigkeit in den Kreis der Betrachtungen zu ziehen. Die Verhältniszahl der Fälle von Arbeitslosigkeit, die die Häufigkeit der Arbeitslosigkeit im Laufe des Quartals darstellt, beträgt im Durchschnitt aller Verbände 7,0 vom Hundert. Gegen die Vorjahre ist diese Zahl niedriger, die Fälle von Arbeitslosigkeit haben also abgenommen. 26 Verbände mit 582 430 Mitgliedern überschreiten den Durchschnittssatz, darunter in ganz erheblichem Maße die Bildhauer mit 49,6 pZt., die Friseure mit 32,1 pZt., die Tapezierer mit 27,9 pZt. und unser Verband mit 21,1 pZt. Arbeitslosenfällen. Gegen das Parallelquartal des Vorjahres und auch gegen das dritte Quartal 1911 war die Zahl der Arbeitslosenfälle bei den Mitgliedern unseres Verbandes diesmal weit höher; im dritten Quartal 1911 hatte unser Verband 19,8 pZt. und im vierten Quartal 1910 ÷ 17,4 pZt. Arbeitslosenfälle.

Für die weiblichen Mitglieder unseres Verbandes stellt sich der Prozentsatz der Arbeitslosenfälle im Berichtsquartal auf 17,2 gegen 2,3 im vierten Quartal 1910.

Die Berechnung des wirklichen Umfangs der Arbeitslosigkeit erfolgt in der Weise, daß die Gesamtzahl der Arbeitslosentage in Beziehung gesetzt wird zur Gesamtzahl der Mitgliedertage. Auf 100 Mitgliedertage kamen dabei in unserm Verband im Berichtsquartal 4,9 Arbeitslosentage. Im Vorjahre betrug diese Ziffer 3,8. Die durchschnittliche Dauer eines Arbeitslosenfalls betrug 19 Tage. Im Gesamtdurchschnitt aller Verbände betrug die Dauer der Arbeitslosigkeit 12 Tage.

Die Gesamtzahl der Arbeitslosentage bei allen Verbänden belief sich auf 1 864 095, davon waren 1 699 050 Arbeitslosentage am Ort und 165 045 auf der Reise. Die gesamte Unterstützungsleistung der berichtenden Verbände im vierten Quartal 1911 betrug ℳ 1 528 889. Die durchschnittliche Unterstützungssumme, berechnet auf den Kopf der am Ort unterstützten Personen betrug ℳ 21,02 gegen ℳ 24,15 im Vorjahre. Es ist also ein starker Rückgang der Unterstützungsleistung eingetreten. Hoffentlich hält der wirtschaftliche Aufschwung an, damit die Entlastung der Verbände für diese Zwecke im neuen Jahre noch stärker in Erscheinung tritt. Bei 5410 Arbeitslosenfällen und 1913 am letzten Tage des Quartals Arbeitslosen verausgabte unser Verband an 1111 Personen für 16 597 Unterstützungstage ℳ 19 376 Ortsunterstützung und an 272 auf der Reise Befindliche ℳ 1778 Reiseunterstützung.

Das Bäcker- und Konditorengewerbe in der Rheinprovinz.

-ch. Wer den Versuch unternimmt, die Betriebsstatistik in unserm Gewerbe kritisch zu betrachten, der gewinnt fürs erste den Eindruck, als ob die Rheinprovinz das reine Eldorado für den Kleinbetrieb wäre. Angesichts der Tatsache, daß gerade die Rheinprovinz als das klassische Land des Kapitalismus mit dicht aneinander gereihten Riesenstädten gilt, mag dieser Eindruck mit Recht Erstaunen hervorrufen, aber es trifft zu, daß die Statistik, sowohl die offizielle wie die private, schlecht eine andere Deutung zuläßt. Betrachten wir nur die Größenverhältnisse der Betriebe und die Verhältniszifer der einzelnen Größenklassen zur Gesamtzahl der Betriebe und stellen die diesbezüglichen Zahlen der Rheinprovinz in Vergleich mit jenen des ganzen Reiches, dann werden auch wir eine andere Deutung nicht ohne weiteres finden. Nach der Berufs- und Gewerbezählung vom Jahre 1907, die seitens der Reichsregierung veranstaltet wurde, verteilen sich die einzelnen Größenklassen der Bäckereien und Konditoreien im Reiche und im Rheinland wie folgt. Es entfallen auf 100 Betriebe:

Betriebsgröße	Im Reich	Im Rheinland
Alleinbetriebe	14,1	18,2
Betriebe mit bis 3 Personen	63,5	65,6
„ „ 4 und 5 Personen	14,6	10,3
„ „ 6 bis 10 „	6,6	5,0
„ „ 11 und mehr Personen	1,2	0,9

Die Durchschnittsziffer der Allein- und Kleinbetriebe bis drei Personen ist danach im Rheinland rund um 3 pZt. höher als die Durchschnittsziffer im Reiche, während die Betriebe mit vier bis zehn Personen schon eine niedrigere Ziffer auf-

Eine kurfürstliche Verordnung über das Bäckereigewerbe für die Stadt Bonn vom Jahre 1748.

Als Eisenbahnen und Dampfschiffe noch nicht im Dienste des Welthandels standen und daher der Ueberfluß der Ernte des einen Landes nicht so schnell wie heute in das mit dem Erntesegen minder begünstigte Land gebracht werden konnte, hatten viele Regierungen staatliche Kornmagazine angelegt, um bei Mißernten die allergrößte Not bekämpfen zu können. Das war unter Friedrich II. in Preußen und auch in den Herzogtümern Jülich-Berg sowie dem Kurfürstentum Cöln der Fall. In Notjahren wurden sogar amtliche Fruchttaxen festgesetzt, zu welchen Gutsbesitzer und Pächter ihren ebenfalls amtlich ermittelten Getreideüberfluß an die Staatsmagazine verkaufen mußten, wo die minderbemittelte Bevölkerung mit einem Gulden Aufschlag pro Scheffel Brotkorn in kleineren Rationen holen konnte. Kurcölnische amtliche Fruchtmagazine waren in Bonn, Brühl, Lechenich, Neuß, Rheinberg und bis zum Jahre 1770 auch in Kaiserswerth, das damals an Jülich-Berg verpfändet wurde, errichtet.

Wie gesagt, Fruchttaxen gab es nur in den Zeiten der höchsten Not, Brottaxen waren jedoch immer in Kraft und wurden nach dem jedesmaligen Stande der Getreidepreise durch die Behörden festgesetzt. Schon 1647 erließ der Kurfürst Ferdinand von Bonn eine Bäckereiordnung für das ganze Kurfürstentum Cöln*, die folgenden Wortlaut hatte:

* Kurcöln war das ehemalige Kurfürstentum und Erzstift Cöln, was mit der ehemaligen Freien Reichsstadt Cöln nicht verwechselt werden darf. Die Kurfürsten residierten in Bonn.

Trückene Maß im Kauff und Verkauff der Früchten.

Anfangs weilen bey Kauff und Verkauffung der Früchten wegen so verschiedenen Maßen die Underthanen vielfältig verkürtzt werden. Wir hiemit gnädigst und wollen, daß hinführo in unserm Erzstifft durchgahents in kauffen und verkauffen der Früchten keine andere, dann die Cölnische Maße gebraucht, und darnach der Anschlag der Früchten jedetzeit gemacht werden solle.

Brod backen und verkauffen.

Nachdeme auch der Kauff deß Brots dem Werth der Früchten nach nothwendig regulirt werden muß, und dan durch die Becker in Stätten und auffm Landt im Gewicht und backen deß Brodts und Weck ein großer Nachteil dem gemeinen Mann zugefügt wird. So verordnen und befehlen wir gnädigst und ernstlich hiemit, daß in Stätten und auff dem Landt die dißfalls auffgerichte Ordnungen wohl beobachtet, und von den darzu verordtneten Beambten auffs wenigst jeden Monats darüber deß Gewichts, Qualität, und der Werth halber Inspection an Handt genommen, und vor allen Dingen dahin gesehen werden solle, damit von den Beckern das Brodt wohl und fleißig gearbeitet, und Exempelweiß zu 5 Pfund Mehls mehr nit, als 3 Pfund Wassers genommen und darvon also ein 7 pfündiges Brodt, darunter kein anderer Verschlag mit Einmischung anderer Früchten, oder Kleyen gebraucht werden solle, dem gemeinen Mann geliefert werden möge.

Dabey jedoch diß in specie verordnet wird, daß ein jeder Becker bey arbitrari (willkürlicher, in das Ermessen der Richter gestellten Strafe) Straff sein Merkzeichen auff das Brodt, bevor es in den Offen wird eingeschoben, auffzutrücken soll gehalten seyn, damit bey erfundenem Mangel derselb darve angesehen werden könne

Pungen Becker.*

Im fal aber ein Bürger, oder Underthan bey den Beckern ihr eignes Mehl werden backen lassen, so solle der Becker aus dessen aigenem ihm zugestellten Mehl, wie vorgemelt auß 5 Pfunden ein wolgebackennes 7 pfündiges Brodt zu liefferen gehalten seyn.

Dessen solle einem solchen Becker für jedes Malder** für Backlohn 14 alb. Cöllnisch zahlt werden.

Warzu die in den Stätten angeordneten Pungen Becker den gewöhnlichen Eydt abzulegen, gehalten sein sollen.

Es erschien dann 1748 unter der Ueberschrift „Wie das schwarz- und weiße Brod und deselben Preiß gestellt werden soll" folgende hochinteressante Verordnung, die wir der Originalität halber dem Wortlaute nach hier folgen lassen:

Von Gottes Gnaden Wir Clement August Ertzbischoff zu Cölln 2c. Thuen kund und zu wissen jedermänniglichen, nachdeme aus Veranlassung verschiedener, wegen Unrichtigkeit des in hiesiger Residenz-Stadt verkauffenden Brodts entstandener — Uns mißfälligst zu vernehmen vorgekommener Klagen, Wir eine solche Verordnung, wodurch so wohl dem Gewicht und Preiß, als auch der sonst erforderlichen Beschaffenheit des Brods Ziel und Maaß gesetzt, mithin alle darunter eingeschlichene Ungebührnuß abgestellet werde, zu eines jeden Wissenschaft und gehorsambster Nachachtung öffentlich verkünden zu lassen für nötig erachten, so haben zu solchem Endzwech Wir hiemit gnädigst zu befehlen und zu verordnen für gut befunden, daß

* Pungen-Becker, ein Bäcker der Mehl pro Pfund gegen Lohn backt.

** 1 Malder Cöllnisch, 4 Sümmer oder Scheffel = 8 Faß = 16 Viertel.

Die Stimmung der Massen, die bei den Reichstagswahlen in so erhebender Weise zum Ausdruck kam, ist auch für den Ausbau der Gewerkschaftsorganisationen außerordentlich günstig. Agitiert deshalb unablässig für Euren Zentralverband!

weisen. Bei den eigentlichen Großbetrieben mit elf und mehr Personen entfällt sogar auf 100 Betriebe noch nicht einmal ein ganzer Großbetrieb. Demnach wäre also der Kleinbetrieb in jener Gegend dominierend.

In der Tat liegen die Dinge aber doch wesentlich anders, als sie sich uns durch die offizielle Statistik offenbaren, und die Erklärung dafür finden wir zum Teil schon in der Statistik selbst. Nehmen wir uns nämlich bei unserer kritischen Betrachtung nur das Bäckergewerbe vor, dann dürften sich die Durchschnittsziffern des Reiches ohne weiteres zugunsten der Rheinprovinz verringern. In der Berufs- und Betriebszählung der Regierung sind mit dem Bäcker- und Konditorgewerbe auch die Pfeffer- und Lebkuchenfabriken und wohl auch andere verwandte Spezialfabriken in einer Gattung vereinigt, die natürlich fast ausschließlich dem Großbetrieb zugerechnet werden müssen. Wären diese Betriebe gesondert in der Statistik behandelt worden, dann würde sich das Bild der Großbetriebe des Reiches schon deswegen zugunsten der Rheinprovinz verringern, weil es nämlich in jener Gegend wenig oder gar keine derartigen Großbetriebe gibt, wohl aber in andern Teilen des Reiches (Nürnberg, Dresden, Berlin usw.). Hingegen zeigt uns die Wirklichkeit im Rheinland ein Bild technischer Entwicklung im Bäckergewerbe, wie wir sie rapider außer in Hamburg und Berlin wohl nirgends mehr in Deutschland antreffen. Ja, man kann ruhig behaupten, daß das Bäckergewerbe im Rheinland in bezug auf technischen und nicht zu vergessen handelstechnischen Fortschritt an der Spitze von Deutschland steht. Die Tatsache der verhältnismäßig größeren Zahl von Kleinbetrieben ändert hieran nicht das geringste; im Gegenteil läßt sich gerade die Existenz der großen Zahl Kleinbetriebe eben aus den bezeichneten Fortschritten erklären. Mehr und früher als ihre Kollegen im übrigen Reiche hat nämlich die große Masse der rheinischen Bäckermeister den Wert der technischen Hilfsmittel auch für die Bäckerei erkannt und sich durch Anschaffung derselben in die Lage versetzt, dem kapitalistischen Großbetrieb gegenüber standhalten zu können. Dies geht deutlich auch aus der Reichsbetriebsstatistik hervor, die nämlich dartut, daß von 4438 Motorbetrieben des deutschen Bäckereigewerbes allein 1565 auf die Rheinprovinz entfallen. Vergleichsweise ausgedrückt, gewinnen wir dabei das folgende Bild: Von sämtlichen Bäckereihauptbetrieben im Reich entfallen auf die Rheinprovinz 12 pZt., von sämtlichen Bäckerei-Motorbetrieben des Reiches hingegen 36 pZt. auf die Rheinprovinz. Der Umstand der größeren Inanspruchnahme der technischen Hilfsmittel seitens der Kleinbetriebe hat nun allerdings die Entwicklung der Großbetriebe nicht zu unterdrücken oder zu hemmen vermocht. Im Gegenteil wurden gerade dadurch die schon bestehenden Großbetriebe dazu angespornt, sich immer raffinierterer Hilfsmittel zu bedienen, wodurch zwar die Zahl der Großbetriebe eine wesentliche Steigerung nicht erfuhr, diese selbst aber an Umfang und Leistungsfähigkeit bedeutend zunehmen mußten. Diese Entwicklung läßt sich allerdings nicht aus der Statistik von 1907 so treffend feststellen, wie sie sich in Wirklichkeit vollzog und noch vollzieht. Immerhin aber kann man aus ihr bereits die Tatsache folgern, daß auch die Entwicklung der Bäckerei zum Großbetrieb im Rheinland einen rapideren Gang nimmt, als dies im allgemeinen im ganzen Reiche der Fall ist.

Betrachten wir nur die Vermehrung der Betriebe und der Zahl der Erwerbstätigen in der Periode von 1895 bis 1907 und stellen hierbei die Durchschnittsziffern des Reiches neben die der Rheinprovinz, dann gewinnen wir dabei folgendes Bild. Es sind gestiegen von 1895 bis 1907 pro 100 Betriebe:

	Im Reich	Im Rheinland
Die Zahl der Betriebe um	19,6	16,1
„ „ „ Erwerbstätigen um.....	33,1	33,8

Im Rheinland ist also die Zahl der Betriebe durchschnittlich um 3 pZt. weniger gestiegen als im übrigen Reich, während sogar die Zahl der Erwerbstätigen noch eine, wenn auch kleine Zunahme gegenüber dem Reichsdurchschnitt aufweist. Das bedeutet nichts anderes, als eine Stagnierung in der Zahl und eine Vergrößerung der bestehenden Betriebe.

Wohlgemerkt, die Ziffern, die bis jetzt unserer Betrachtung zugrunde liegen, datieren nur bis zum Jahre 1907; von diesem Zeitpunkt ab stehen uns trotz einer fünfjährigen Periode amtliche Ziffern nicht mehr zur Verfügung. Da aber gerade von den Jahren 1906 und 1907 ab das Bäckergewerbe im Rheinland eine Entwicklung durchgemacht hat, die nichts anderes als die vollständige Auflösung der bisherigen Produktionsform bedeutet, so müssen wir trotz Ermangelung amtlicher Nachweise dem Entwicklungsgang auch noch in jener Periode nachgehen.

Da ist vor allem dem Einsetzen der genossenschaftlichen Brotproduktion zu gedenken, deren Wert vor dem Jahre 1906 noch nicht einmal 1 Million Mark pro Jahr betrug. Im Jahre 1907 stieg sie bereits auf 1½ Millionen, 1909 schon auf über 5 Millionen, und heute, wo sich Konsumbäckereien bereits über die ganze Rheinprovinz erstrecken, darf der jährliche Produktionswert ruhig auf 7½ Millionen Mark geschätzt werden. Diese Entwicklung hat zweifellos der alten Form des rheinischen Bäckergewerbes manche Ecke abgestoßen; es wäre aber verfehlt, etwa zu glauben, daß vielleicht der kapitalistischen Brotproduktion irgendwelcher Abbruch getan worden wäre. Eher könnte man schon das Gegenteil behaupten, da gerade durch das Auftauchen der Genossenschaftsbäckereien die bereits bestehenden kapitalistischen Betriebe, worunter sich sogar, wie in Cöln, auch gut fundierte Aktiengesellschaften befinden, zu außergewöhnlicher Kraftenfaltung angespornt wurden, deren Wucht und Wirkung zwar den Konsumbäckereien gelten sollte, die aber zu guter Letzt doch nur das Kleingewerbe zu fühlen bekam. Ein klassisches Beispiel dafür ist in erster Linie die größte der rheinischen Städte, Cöln, wo in dem Augenblicke der Inbetriebnahme zweier genossenschaftlicher Großbetriebe, mit einem heutigen Umsatze von nahezu 3 Millionen Mark pro Jahr, auch gleichzeitig neue kapitalistische Betriebe sich auftaten, und die schon bestehenden ihre Betriebe obendrein noch vergrößerten und technisch vollkommener ausstatteten. Und alle florieren prächtig. Die gleiche Entwicklung läßt sich übrigens auch in den andern Großstädten, wie Barmen, Elberfeld, Düsseldorf und Essen, verfolgen, und das bemerkenswerteste dabei ist, daß sogar schon die linke Rheinseite, die bisher weniger vom Großbetrieb bedroht war, mit in diese Entwicklung hineingerissen wurde. Düren und Rheidt erfreuen sich bereits je einer aufs modernste eingerichteten Brotfabrik; die Gründer derselben sind zugleich Besitzer von Brotfabriken in Cöln, und einer derselben, die Aktiengesellschaft „Rheinische Brotfabriken" in Cöln, gedenkt nächstens auch in Aachen, in diesem wirklichen Eldorado des Kleinbetriebs, einen weiteren Betrieb zu etablieren.

Und so geht die Entwicklung seit fünf Jahren immer intensiver vorwärts; wohin sie steuert, das ist unschwer zu sagen: Ihr Ziel ist die Eroberung des Brotmarkts für den Großbetrieb. Verfehlt wäre es nun weiter, etwa anzunehmen, daß durch diese Entwicklung der Kleinbetrieb ganz und gar aufgerieben wurde. Auch dieser wird sich behaupten, und er hat gerade im Rheinland alle Veranlagung dafür infolge seiner außergewöhnlichen Dienstbarmachung der Technik. So wie der Großbetrieb heute fast ausschließlich große Ware produziert, wird er das auch noch für lange hinaus tun und die Herstellung weißer und kleiner Ware dem Zwergbetrieb überlassen müssen. Darauf hat sich tatsächlich der rheinische Kleinbetrieb heute schon eingerichtet; ist doch gerade hier mehr als anderwärts die Konditorei in der Bäckerei aufgegangen. Auf diese Weise wird also auch die reine Konditorei mit von der Entwicklung des Bäckergewerbes zum Großbetrieb berührt, weshalb nicht allein die Bäcker sondern auch die Konditoren ihre sich von selbst ergebenden Lehren aus dieser kurzen Betrachtung zu ziehen haben.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Mit dem letzten Korrespondenzblatt ist den Vorständen der Zahlstellen in einer Anzahl Exemplaren das neue Adressenverzeichnis zugesandt worden. Wir ersuchen, davon je ein Exemplar Verbandsmitgliedern, die auf die Reise gehen, auszuhändigen, damit sie sich in fremden Städten orientieren können.

Auf verschiedene Anfragen aus den Kreisen der Mitglieder diene zur Antwort, daß das Jahrbuch 1911 Ende Februar an die Zahlstellen versandt wird und dann von den Mitgliedern in Empfang genommen werden kann. Das Jahrbuch bekommen die Mitglieder, wie alljährlich, unentgeltlich, wenn sie solches vom Vorstand ihrer Zahlstelle fordern.

Der Zahlstelle Dortmund wurde auf ihren Antrag die Genehmigung zur Erhebung von pro Woche und Mitglied 5 ₰ Extrabeitrag erteilt. Der Einheitsbeitrag beträgt also in Zukunft in Dortmund **25, 45, 55, 65, 80** und **100** ₰.

Ausgeschlossen wurde auf Antrag der Zahlstelle Sonneberg Karl Vieweg (Buchn.: 61304).

Der Verbandsvorstand.
J. A.: O. Allmann, Vorsitzender.

Quittung.

Vom 5. bis 10. Februar gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beträge ein:

Für Januar: Hannover M. 610,40, Eßlingen 45,90, Limbach 30,50, Würzburg 152,50, Rostock 90,80, Dessau 89,10, Friedberg 16,80, Cassel 252,20, Marktredwitz 29,90, Homburg 46,90, Gotha 111,80, Essen 380,70, Amberg 47, Biberach 28, Wittenberg 24,35, Regensburg 403,90, Viersen 26,40, Dresden 3690,15, Nürnberg 1708,35, Bremen 623,60, Halle 540,25, Flensburg 194,70, Altenburg 58,50, Bielefeld 329,90, Herford 741,30, Straubing 64,80, Coburg 28,40, Spremberg 24,50, Halberstadt 113,10, Apolda 49,50, Braunschweig 375,45, Neumünster 29, Stendal 33,50, Mülhausen 96,40, Mannheim 587,90, Uetersen 66,70, München 3471.

Von Einzelzahlern der Hauptkasse: O. K.-Bunzlau M. —,60, O. M.-Angermünde 3, E. Z.-Rehna 4,50, G. Sch.-Apenrade 15,30, A. Sch.-Lörrach 17,40, F. H.-Neustadt 7.

Für Abonnements und Annoncen: M. und M.-Berlin M. 12, Konsumbäcker-Marktredwitz 3,50, A. S.-Hildesheim 350.

1tens ein jedes Schwartz-Brod, wan selbiges aus dem Ofen kommet, wohl ausgebacken sieben Pfund richtig schwer seyn solle.

2tens Soll, wie von Alters hergebracht, von Bürgermeister und Rath der Preis des Schwartz-Brods dergestalt jedesmal gestellt werden, daß ein jedes Brod für so viel halbe Stüber, als viele Gülden Cöllnisch ein Malder Roggen kostet, und über diese annoch für einen halben Stüber, welcher letzterer wegen des Backlohns zugegeben wird, verkaufft werden müsse,

3tens ist unser gnädigst-ernstliche Willens-Meinung, daß kein Becker sich unterstehen solle, unter das Schwartz-Brod Erbsen zu backen, weder auch

4tens unter den Teich des Schwartz-Brods Waitzen- oder andere Kleyen zu mischen;

5tens solle zu bestmöglichster Verhütung alles desfalsigen Unterschleiffs denen Beckern so wohl, als anderen hiesiger Stadt Eingesessenen verbotten seyn einige Kleyen in hiesige Stadt bringen zu lassen, immaßen auch denen Post-Halteren, Fuhrleuthen, Schifferen, insonderheit denen Bönneren, Schürgeren, Sackträgeren und jedermänniglichen zu dieser derenselben Hereinbringung keineswegs behülflich zu seyn, denen Pforten-Schreiberen aber solche Kleyen an denen Pforten nicht passiren zu lassen hiemit befohlen wird, wobey gleichwohl denenjenigen, welche zu ihrer unentbährlichen Nothdurfft einige Kleyen in hiesige Stadt kommen zu lassen gemeint seynd, darüber bey unserem Extra Conferential Regierungs-Rath Freyherren von Metternich, als gnädigst angeordneten Policey-Directoren, oder in dessen Abwesenheit bey unseren Vogten Hoffrathen Raesfelde und Mayern Bombay die Erlaubniß nachzusuchen frey und unbenohmen bleibet, solche auch befindenden erheblichen Umständen nach unentgeldlich erteilet werden.

6tens Wollen wegen des dem Weiß-Brod zu ertheilenden Gewichts Wir es bey dem von Alters üblich gewesenen Satzungs-Fuß es noch zur Zeit gnädigst belassen, fort bey Abfassung deren Satzungen solche Proportion beobachtet wissen, daß, man etwa das Malder Waitzen zehn Gulden Cöllnisch* kostet, achtzehn vier Hellers-Wecke drey und ein halb Pfund — wan gemeltes Malder mit fünfzehn Gülden bezahlet wird, alsdan sieben und zwantzig vier Hellers Wecke drey und ein halb Pfund — und wan das Malder zwantzig Gülden kostet, sechs und dreyßig vier Hellers Wecke drey und ein halb Pfund schwär seyn müssen.

7tens Sollen die Röggelger vom Grieß des Waitzen ohne Hinzuthuung einigen Roggen-Mehls gebacken werden, und drey solcher Röggelgeren zwölff Loth schwärer, als drey Mittel-Weck wiegen.

8tens Sollen zwey Französische Stübers Brödgere das Gewicht von dreyen Mittel-Wecken enthalten, und

9tens drey von Milch, Butter, Eyer und Zucker backende Stübers Brödgere, so viel, als vier Mittel-Wecke wiegen, damit auch

10tens der Früchten-Preiß, nach welchem die Satzungen eingerichtet werden müssen, jedesmahl in Gewißheit gestellet werde, sollen Bürgermeister und Rath darüber, an welchen Orthen nemblich, von wem und für welchen Preiß die Früchten verkaufft werden seyen, hiesige Müddere** von Zeit zu Zeit umbständlich vernehmen, deren Aussag behörend protocolliren, demnechst über die Feststellung des Früchten-Preises bey gewöhnlicher Raths-Versammlung den Schluß abfassen, und darauff solchen festgestellten Preiß nicht nur auf eine öffentliche aushangende Tafel verzeichnen, sondern darob die schrifftliche Nachricht unserem Policey-Directoren, und so viel den Preiß des Waitzens insonderheit belanget, die gleichmäßige Nachricht unserem Mayern, umb bey Abfassung der Weiß-Brods Satzung sich darnach richten zu mögen, unausgestelt zukommen lassen. Wir wollen annebens

11tens: daß die respective von unserem Mayeren und dem Stadt-Rath erlassende Brod-Satzungen, nachdem vorhin darüber die Nachricht unserem Policey-Directoren, ertheilet seyn wird, an hiesiger St. Remigii Pfarr-Kirchen — wie auch am Gerichts- und Raths-Hauß dergestalt, daß solche von jedermänniglichen gelesen werden können, jedesmahl öffentlich angehefftet, und

12tens wider die Uebertrettere dieser unserer gnädigster Verordnung von mehrbesagtem unserem Policey-Directoren, und in dessen Abwesenheit von unserem Vogten Hoffrathen Raesfeldt und Mayern Bombay nicht nur mit der Confiscations- und gemessener scharffer Brüchten-Straff ohne einige Rücksicht ohnnachlessig verfahren, sonderen auch denjenigen, welche mit Handgebung gnugsamen Beweises einen solchen Uebertretteren nahmhafft machen würden, eine proportionirte Belohnung angeschaffet werden solle, wornach ein jeder sich gehorsambst zu achten und für Schaden zu hüten wissen wird, Urkund dieses. Geben in unserer Residentz-Stadt Bonn den 6ten Aprilis, 1748.

Clement August Churfürst.

(L. S.) Vt. T. J. Godesberg. J. F. Clesse.

*

Eine ganze Anzahl ebenso interessanter Verordnungen aus dem Mittelalter für das Bäcker- und Konditorengewerbe finden unsere Mitglieder in der „Geschichte der Deutschen Bäcker- und Konditorenbewegung", die vom Verbandsvorstand anläßlich des 25jährigen Jubiläums der Organisation herausgegeben wurde. Die Mitglieder erhalten das elegant gebundene Werk zu dem Vorzugspreise von M. 4 durch die Zahlstellenverwaltungen, und es wird ihnen auch eventuell Teilzahlung gestattet.

* Nach dem kurcölnischen Münzfuß war ein Speziestaler = 60 Stüber = 80 Albus. Ein Reichstaler = 58½ Stüber = 78 Albus. Ein Cölner Gulden = 18 Stüber = 24 Albus. Ein Stüber = 16 Heller. Ein Albus = 12 Heller.

** Müdder, ein vereideter Fruchtmesser.

Für „Geschichte der Bäcker- und Konditorbewegung“: Würzburg M. 6, Gotha 6, Nürnberg 2, Bremen 9.

Der Hauptkassierer. O. Freytag.

Spätestens am 17. Februar ist der 8. Wochenbeitrag für 1912 (18. bis 24. Februar) fällig.

Aus den Bezirken.

London. Das Verkehrslokal befindet sich jetzt: „Public-House“, King and Queen Foley Street, Ecke Cleveland Street, London W.

Sterbetafel.

Weimar. Gustav Kähler, gestorben am 4. Februar.

Ehre seinem Andenken!

Korrespondenzen.

(Berichte von Versammlungen finden nur Aufnahme, wenn sie von allgemeinem Interesse sind. Alle zur Veröffentlichung bestimmten Einsendungen müssen mit dem Zahlstellenstempel versehen und vom Vorsitzenden gegengezeichnet sein.)

Bezirkskonferenz für Hannover-Braunschweig.

Die Konferenz des Bezirks Hannover-Braunschweig wurde am 4. Februar im Gewerkschaftshaus zu Hannover abgehalten. Bezirksleiter Weber eröffnete die Beratungen mit dem Wunsche, daß die Konferenz dazu beitragen möge, die Organisation im Bezirke zu fördern. Anwesend waren Delegierte aus Hannover, Braunschweig, Alfeld, Hameln, Helmstedt, Hildesheim, Celle, Minden, Wolfenbüttel und Stadthagen. Als Vertreter der Hauptverwaltung waren Kollege Freytag sowie der Gauleiter Liescher erschienen.

Freytag sprach zunächst über: „Die Machtmittel der Gegner bei unsern Lohnkämpfen“. Er schilderte besonders die Rückständigkeit der Innungsscharfmacher und die Machtmittel des „Germania“verbandes, um dann auch auf die gegnerischen Organisationen im Gehilfenlager und schließlich auf die Bestrebungen, die Arbeiterschaft wieder durch die Gesetzgebung zu knebeln, einzugehen.

In der Diskussion gab Liescher Erfahrungen beim Hamburger Streik zum besten, bei dem Dr. Westphal dem Verband den Garaus machen wollte. Weber wies auf die schmutzige Kampfesweise der hannoverschen Innungszeitung hin. Es ist bezeichnend, daß bei besonders krassen Fällen selbst der Innungsvorstand von der Redaktion abrücken müsse.

Zum Punkt „Welche Lohnkämpfe stehen in unserm Bezirke bevor?“ sprach Weber und gab eine Darstellung über die aus den ablaufenden Tarifen sich entwickelnden diesjährigen Lohnkämpfe. Er erklärte es als besonders wünschenswert und der Lage im gesamten Reiche entsprechend, als ein Gebot der Notwendigkeit, daß in beiden Hauptorten des Bezirks, Hannover und Braunschweig, die Kollegen endlich einmal ernstlich darangehen, die Verhältnisse zu verbessern. Unhaltbar sei der Zustand, daß in Hannover M 2 weniger Lohn gezahlt werde als in der Schwesterstadt Linden. Bosse-Braunschweig und Freytag-Hamburg warnen vor Ueberschätzung der Verhältnisse. Burlage-Hannover hält dagegen die Aussichten einer Bewegung für sehr günstig.

Die Agitation unter den Bäckern und Neuausgelernten war Gegenstand eines Referats des Delegierten Appel-Hannover. Er schilderte die Bedeutung der Agitation durch die Gewerkschaftspresse und die der mündlichen Agitation von Haus zu Haus. Die Kollegen sollten nur auf die wirtschaftliche Bedeutung der Organisation hingewiesen werden, mit deren Hilfe allein die Lage der Gehilfen gebessert und gehoben werden könne. Politische und religiöse Fragen seien auszuschalten. Um die Kleinagitation auszugestalten und erfolgreich zu machen, sei die Bezirkseinteilung notwendig. Als Bezirksführer seien vorsichtig und geschickt arbeitende Kräfte zu gewinnen. In Diskutierklubs seien die Bezirksführer vorzubilden; dort könnten die schlummernden Kräfte geweckt werden. Auch die Mitgliederversammlungen müßten interessant gestaltet werden; denn dann wirkten sie demonstrativ. Welche Bedeutung den Versammlungen beigelegt werde, gehe schon aus dem Umstande hervor, daß Fabrikant Fiedler persönlich den Besuch der Versammlungen kontrolliere. Die Diskussionen in den Versammlungen müßten durchaus sachlich geführt werden, weil sie nur dann werbende Kraft hätten. Unter den jüngeren Kollegen müsse dann noch mehr die Geselligkeit gepflegt werden. Schwierig sei die Agitation unter den Lehrlingen, die auf das Unwürdige der Behandlung durch ihre Meister beim Austragen hingewiesen werden könnten. Es müsse ihnen auch die gewerkschaftliche Literatur zugänglich gemacht werden. Die älteren Kollegen müßten in den Betrieben die Lehrlinge als gleichberechtigte Mitmenschen liebevoller behandeln. Bildend und aufklärend könne auch hier segensreich gearbeitet werden. Die Agitationsarbeit der Genossenschaftsbäcker dürfe nicht erlahmen, weil man glaube, im wohlbehüteten warmen Nest zu sitzen. All das sei zu beherzigen. Es sei dann möglich, die noch fernstehenden Kollegen zu gewinnen und das Ziel, auch die Bäckergesellen zu freien, glücklichen Menschen zu machen, früher zu erreichen.

Bosse-Braunschweig schilderte insbesondere die erbärmlichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Zucker- und Schokoladenbranche. Nicht nur, daß hier die Hungerlöhne die Unterernährung zur Folge hätten, sondern auch entsittlichend wirkten sie. Manche arme Arbeiterin werde zur Prostituierten. In einer süddeutschen Stadt seien einer Firma Straßendirnen zwangsweise als Arbeiterinnen zugeführt worden. Schwer schädigend im Lohnkampf wirke auch die Ausbildung von Zuckerarbeitern in Strafanstalten. Zu den größten Schäden in der Zuckerbranche gehören dann die Leibesvisitationen, das Akkord- und Zwischenmeistersystem, das u. a. auch in der Fabrik von Bahlsen in Hannover herrsche, und das verlockende Prämiensystem. Solche Zustände lieferten ebenfalls wirksames Agitationsmaterial. Der Redner empfahl zum Schluß noch die Verteilung der „Arbeiter-Jugend“ an die Lehrlinge.

Weber wies auf die enormen Schwierigkeiten der Agitation für den Verband in der Stadt Hannover hin. Wer nicht im Besitz des „Germania“buches sei, bekomme in Hannover keine Arbeit. Die freie Gehilfenschaft sei auf die Selbsthilfe angewiesen. — In der Diskussion wurden noch mancherlei praktische Vorschläge für die Agitation gemacht.

Ueber „Unsere Krankenversicherung“ referierte dann Kollege Freytag. Er gab einen Rückblick auf die Entwicklung der Krankenkassenverhältnisse der Kollegenschaft und wies darauf hin, daß die Arbeitgeber alles aufgeboten hätten, um die Gesellen in die Innungskrankenkasse hineinzuzwingen. Am 1. Januar d. J. sei die freie Hilfskasse in eine Zuschußkasse umgewandelt. Vom 1. März an werde nun im Verbande eine Beitragsstaffel von M 1 pro Woche eingeführt, so daß die Mitglieder, die diesen Betrag zahlen, gleichfalls bis zur Dauer von 26 Wochen M 2 Krankengeld erhalten. Bereits 3000 organisierte Kollegen seien ihr beigetreten.

Den „Bezirksarbeitsnachweis“ besprach hierauf Liescher unter Betonung der Bedeutung des Arbeitsnachweises in der Hand der organisierten Arbeiterschaft. Der Arbeitsnachweis müsse so geleitet werden, daß er von Kollegen nicht diskreditiert werde, die eine ihnen nachgewiesene Arbeit nicht gern übernähmen. Die Leitung des Nachweises müsse darauf achten, daß die für die betreffende Arbeitsstelle geeignete Persönlichkeit gewählt werde. Dann werde der Arbeitsnachweis auch von den Arbeitgebern respektiert. Der Verbandsarbeitsnachweis habe übrigens nur die Stelle zu vermitteln, natürlich zu anständigen Bedingungen. Zu veranlassen, nicht Kost und Logis beim Arbeitgeber zu nehmen, sei Aufgabe der gewerkschaftlichen Organisation. Bosse-Braunschweig machte darauf aufmerksam, daß es auch Kollegen gebe, die einen neuen Mitarbeiter ohne Grund ablehnten. Dadurch werde die Arbeit der Nachweise ebenfalls erschwert.

Ueber „Arbeiter- und Lehrlingsschutz“ sprach zum Schluß Weber. Auf diesem Gebiete sei noch sehr viel zu fordern. Die bestehenden gesetzlichen Schutzbestimmungen reichten nicht aus. Die sanitären Vorschriften für Bäckereien seien ungenügend. Die Sonntagsruhe sei nicht ausreichend, ebenso die Krankenfürsorge. Zu erstreben sei bei den drei großen Festen, Weihnachten, Ostern und Pfingsten, die Freinacht. Die Kollegen in Hannover hätten besonders über elende Zustände in alten Bäckereien zu klagen; es gebe alte Betriebe, auf die die Gewerbeaufsichtsbehörde ein wachsames Auge zu richten habe. Die Lehrlinge würden oft ausgebeutet und über die gesetzliche Arbeitszeit hinaus beschäftigt. In neu abzuschließenden Tarifen müßten Bestimmungen gegen die Lehrlingszüchterei enthalten sein. Die Organisation habe auch die Betriebe zu kontrollieren und Verstöße der Meister gegen das Gesetz zur Anzeige zu bringen, falls eine vorherige gütliche Intervention nicht geholfen habe.

Liescher schloß sodann die Konferenz mit dem Wunsche, daß die Verhandlungen agitatorisch und organisatorisch gute Früchte zeitigen mögen.

*

Konferenz der Backmeister im Bezirk Hannover-Braunschweig.

Im Anschluß an die Bezirkskonferenz tagte am 5. Februar die Konferenz der Oberbäcker und Backmeister des Bezirks.

Weber eröffnete die Sitzung und führte aus, daß mit der Einberufung dieser Konferenz die Verbandsleitung einem langgehegten Wunsch der Backmeister nachgekommen sei. Der Vertreter der Hauptverwaltung, Freytag, sprach dann über: „Die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Backmeister in den genossenschaftlichen Betrieben und die Notwendigkeit der tariflichen Regelung derselben“. Die Verbandsleitung versuchte seit Jahren, die Lohn- und Arbeitsbedingungen derselben tariflich zu regeln. Bei Beratung des mit dem Zentralverband der Konsumvereine für die Bäcker abgeschlossenen Reichstarifs habe man versucht, für die Backmeister ein Grundgehalt von M 1500 festzulegen, wozu dann die im Tarif vorgesehenen örtlichen Zuschläge hinzukämen. Auf der Düsseldorfer Tagung des Zentralverbandes der Konsumvereine drohte der ganze Bäckertarif an dieser Forderung (die Einreihung der Backmeister in den Tarif) zu scheitern. Um dieses zu verhüten, habe man damals die Backmeistervorlage zurückgezogen. Da auf zentraler Grundlage eine tarifliche Regelung dieser Frage nicht möglich war, versuchte die Verbandsleitung, zunächst mit den einzelnen Bezirksverbänden der Konsumvereine diese Frage zu erledigen, und es gelang, mit dem Revisionsverband Rheinland-Westfalen eine Verständigung auf Grundlage einer Staffel nach dem Umsatze der Bäckereiabteilungen zu erzielen.

Nur dem Umstand, daß man in der Zentralleitung der Genossenschaften vor Ablauf des Bäckertarifs keine Festlegung in dieser Hinsicht wünscht, sei es zuzuschreiben, daß diese Frage immer noch unerledigt sei. Freytag empfahl die Annahme folgender Resolution:

„Die zu einer Konferenz der Bezirke Hannover und Braunschweig versammelten elf Backmeister der Konsum- und Genossenschaftsbäckereien sowie der tariftreuen Brotfabriken stehen nach wie vor auf dem schon immer von ihnen vertretenen und auch von unserer Gewerkschaftsorganisation geteilten Standpunkt, daß es eine dringende Notwendigkeit ist, bei der nächsten Tarifrevision zwischen dem Zentralverband deutscher Konsumvereine und dem Zentralverband der Bäcker, Konditoren und verwandten Berufsgenossen Deutschlands auch die Gehälter der Backmeister in den Tarif einzubeziehen.

Wenn auch anerkannt werden kann, daß es vielen Backmeistern mit Unterstützung der Gewerkschaftsorganisation gelungen ist, ihr Gehalt den Zeitverhältnissen entsprechend so zu erhöhen, daß die von unserm Verbande bei der Tarifrevision 1909 geforderten Mindestsätze erreicht und teilweise überschritten wurden, so sind doch anderseits einige Verwaltungen gar nicht zu bewegen, die Backmeistergehälter diesen Mindestsätzen entsprechend zu erhöhen.

Außerdem muß aber betont werden, daß diese Einzelverhandlungen der Backmeister mit ihren Verwaltungen wegen des Gehalts immer für beide Parteien recht oft etwas Verletzendes hinterlassen, weil die betreffenden Backmeister in solchen Fällen allein einer Körperschaft von 9 bis 15 und noch mehr Personen gegenüberstehen. Recht oft ist bei solchem Feilschen um die berechtigte Forderung nach einer kleinen Gehaltserhöhung dem Backmeister dann die Lust verekelt worden, seinen verantwortlichen Posten in diesem Verein weiter zu bekleiden.

Auch für die Vorstandsmitglieder der Vereine, die auf freudige Mitarbeit der technischen Beamten ihrer Betriebe bauen müssen, kann es nicht angenehm sein, dieses Verhältnis in bisheriger Weise weiterbestehen zu lassen.

Deshalb erwarten wir, daß der Zentralverband deutscher Konsumvereine seinen Widerstand gegen die tarifliche Gehaltsregelung der Backmeister bei der nächsten Tarifrevision fallen läßt, damit auch die Backmeistergehälter gemeinsam von beiden Tarifkontrahenten geregelt werden.“

Weber weist darauf hin, daß bei kleinen Vereinen mit geringerem Umsatz die Frage selbstredend von Fall zu Fall zu prüfen sei und daß die für Rheinland-Westfalen vorgeschlagene Staffel eine Grundlage hierzu gebe.

Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Die Konferenz brachte noch zum Ausdruck, daß alle Prozentarbeit unbedingt zu beseitigen sei.

Dann sprach Gauleiter Liescher über: „Das Mitberatungsrecht der Backmeister beim Einkauf von Rohmaterial und bei Anschaffung neuer Maschinen und Oefen“. Viele Vereine haben bei Neubauten von Bäckereien Fehler in baulicher Beziehung begangen, die man kaum für möglich halten sollte. Redner zählte eine Reihe davon auf und erläuterte, wie unter diesen Fehlern Backmeister und Bäcker am meisten zu leiden hätten. Deswegen müssen die Backmeister hier vorbeugend eingreifen. Bei Anschaffung von Maschinen müßten die Backmeister sich unbedingt Gehör verschaffen. In noch größerem Maße habe dies beim Einkauf der Rohmaterialien zu geschehen. Die Vorbedingung einer guten Ware sei ein gutes Rohmaterial. Die Verwaltung mancher Vereine lasse sich beim Einkauf mehr vom kaufmännischen respektive finanziellen Standpunkt leiten, als von dem des praktischen Fachmannes. Dadurch komme nicht nur der Umsatz des Vereins in Gefahr, sondern auch der gute Ruf des Backmeisters.

Freytag gab nach dieser Richtung seine eigenen reichen Erfahrungen zum besten. Sehr viel Schuld tragen die einzelnen Backmeister aber selbst, indem sie eben gar nicht erst einen Anspruch auf Mitbestimmung und Mitberatung erheben. Da der Backmeister alle Verantwortung für seine Ware trage, müsse er auch unbedingt beim Einkauf der Rohmaterialien gehört werden, zumal die Geschäftsführer der Konsumvereine meist Nichtfachleute sind. In der Hamburger „Produktion“ findet allwöchentlich eine Konferenz der Bäckereileiter mit der Geschäftsleitung statt. Dieses Verfahren sei sehr zu empfehlen. Bedauerlich sei, daß Vereine, die neu zu bauen gedenken, fast nie bei ihren Besichtigungsreisen Fachleute mitnehmen. Hierdurch seien schon tolle Dinge beim fertigen Bau zu verzeichnen gewesen. Differenzen zwischen Backmeister und Bäcker solle man möglichst mit Hilfe der Arbeiterausschüsse schlichten. Vor allem müßten die Backmeister die Offensive ergreifen, indem sie bei mangelhaftem Material die Verantwortung ablehnen oder die Minderwertigkeit sofort feststellen. Das schließe nun nicht in sich, daß man die Verarbeitung rundheraus ablehne, vielmehr solle man dann alle erdenklichen Maßnahmen treffen, um durch Mischungen oder andere Gärungsführung doch noch eine gute Ware zu schaffen, soweit es eben möglich ist.

Nachdem in der Diskussion eine ganze Reihe örtlicher Klagen vorgetragen, fand nachstehende Resolution einstimmige Annahme:

„Die elf versammelten Backmeister der Konsum- und Genossenschaftsbäckereien sowie der tariftreuen Brotfabriken der Bezirke Hannover und Braunschweig haben auf ihrer Konferenz in Gegenwart der Vertreter unserer Gewerkschaftsorganisation manche bedeutsame Frage der inneren Einrichtung der Bäckereibetriebe in technischer und sanitärer Beziehung erörtert und kommen zu dem Beschluß, den Verwaltungen aller Genossenschaften mit eigener Bäckerei dringend zu empfehlen, möglichst schon bei Fertigstellung der Zeichnung für einen neuen Bäckereibetrieb das Urteil fachkundiger Backmeister oder unserer Organisationsvertreter zu Rate ziehen zu wollen, dann aber auch in schon bestehenden Betrieben bei baulichen Veränderungen sowie bei Anschaffung neuer Maschinen und Oefen die Backmeister mit zu Rate zu ziehen und letzteres auch besonders beim Einkauf der wichtigsten Rohmaterialien zu veranlassen, was sicher zum Segen der Konsumvereine und zur Prosperität ihrer Bäckereibetriebe ausschlagen würde.

Das, was wir als unbedingt notwendig im Interesse einer gedeihlichen Fortentwicklung dieser Bäckereibetriebe verlangen, haben große Vereine, besonders in Nord- und Westdeutschland und in Bayern, zu ihrem eigenen Vorteile eingeführt, während es in manchen Gegenden noch heute vorkommt, daß neue Bäckereibetriebe errichtet werden, deren Arbeitsräume sofort als zu klein und zu winklich erscheinen, sowie nur der Betrieb aufgenommen wird. Einige Architekten, die fast nur neue Bäckereien errichten, haben darin zum Schaden der leidtragenden Vereine besonders etwas los, die Arbeitsräume zur Zahl der Oefen immer viel zu klein zu errichten. Daneben lassen sie es an der Einrichtung von Ventilatoren und eventuell Exhaustoren fehlen, die im Neubau leicht mit vorzusehen wären, aber dann, weil es versäumt wurde, später mit großen Unkosten eingebaut werden müssen.

Im Mehleinkauf lassen sich einzelne Verwaltungen zu sehr vom kaufmännischen Standpunkt leiten und berücksichtigen die ihnen als Laien unbekannte Backfähigkeit der Mehle viel zu wenig. Darin könnte durch Verständigung

mit dem Backmeister zum Nutzen der Vereine Abhilfe geschaffen werden."

Dann fand eine sehr rege und interessante Diskussion über das Verhältnis der Backmeister zu den Bäckern im allgemeinen statt, desgleichen über eine ganze Reihe zu empfehlender technischer Errungenschaften. Es wurde dem Wunsche nach einer baldigen Wiederholung solcher Konferenzen Ausdruck gegeben mit dem Ersuchen, solche dann aber in die Sommerzeit zu verlegen, wo die einzelnen ihre Ferien dazu ausnutzen könnten.

Bezirksleiter Weber schloß dann die fünfstündige Tagung mit dem Wunsche, daß dieselbe dazu beitragen möge, die zweifellos schwierige Stellung der Backmeister zu festigen. Ein harmonisches Verhältnis zwischen Geschäftsleitung, Backmeister und Bäcker zu schaffen, sei aber nur dann möglich, wenn wir unsere Kollegen zu überzeugten und klassenbewußten Gewerkschaftern erziehen. Dann werde man der tariflichen Regelung der Backmeisterverhältnisse viel leichter näherkommen können.

Generalversammlungen.

Bayreuth. Am 21. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Ueber das abgelaufene Jahr berichtete Kollege Karl Berner; er streifte die bisherige Tätigkeit und ermahnte, fest zusammen zu arbeiten. Aus der Neuwahl gingen hervor: Berner, erster und Heinz, zweiter Vorsitzender; Arends, erster und Hoffmann, zweiter Kassierer; Heinger, erster und Stöcker, zweiter Schriftführer; Kontrolleure: Frühaber, Kurz und Feulner; Kartelldelegierte: Hartmann und Herold. Der Kassenbericht, den Kollege Hochleuchter gab, fand keine Beanstandung. Auch wurde die Lokalfrage angeschnitten, aber sie konnte nicht ganz erledigt werden. Die Versammlung war mäßig besucht, was auf Versammlungen zur Stichwahl zurückzuführen ist.

Crefeld. Am 28. Januar fand unsere Generalversammlung statt, die sich eines guten Besuches zu erfreuen hatte. Kollege Koch gab den Jahresbericht; das verflossene Jahr war überreich an Arbeit, aber auch erfolgreich. Die Zahlstelle ist erst im verflossenen Jahre gegründet, und die Zahl der Mitglieder, anfangs 11, hat sich bis Jahresschluß auf 36 erhöht. Da es im schwarzen Crefeld fast unmöglich ist, durch öffentliche Versammlungen neue Mitglieder zu gewinnen, war der Vorstand gezwungen, sein Augenmerk auf die Hausagitation zu legen, welche besonders auch in der Fabrikbranche von Erfolg war. Die Vorstandswahl ergab die Wahl folgender Kollegen. Koch erster Vorsitzender; Genneger zweiter Vorsitzender; Scholz erster Kassierer, Kühbacher zweiter Kassierer; Görzigk erster Schriftführer; Jakobs zweiter Schriftführer; Stammen und Kreggenwinkel als Revisoren. Zur Bezirkskonferenz wurde Kollege Koch einstimmig gewählt. Hierauf wurden noch verschiedene Angelegenheiten erörtert und nochmals aufgefordert, im neuen Jahre für den Ausbau des Verbandes auch weiter tüchtig Sorge zu tragen.

Darmstadt. Unsere Generalversammlung fand am 4. Februar im Gewerkschaftshause statt. Der Jahresbericht lag vervielfältigt vor und wurde vom Kollegen Dengel noch eingehend ergänzt. An Aufnahmen sind zu verzeichnen 71 und Beiträge wurden 2311 abgesetzt. Gegen das Vorjahr ein Mehr an 37 Aufnahmen und 653 Beiträgen. Dieser Erfolg ist darauf zurückzuführen, daß es gelungen ist, in der Schokoladenfabrik (es ist nur ein solcher Betrieb hier) nicht nur Fuß zu fassen, sondern das Gros der Beschäftigten zu organisieren. Wir haben heute 43 Mitglieder dort, und sind es nur noch einige Jugendliche, die noch fernstehen. Dieser Erfolg ist um so erfreulicher, als wir vorher dort vier Jahre lang ohne jeden Erfolg Agitation betrieben. Auch in bezug auf Verbesserung der Lage der Kollegenschaft können wir von schönen Erfolgen berichten. Nachdem die Fabrikbesitzer merkten, daß die Organisation in den Betrieb eindringen wollte, wurde den Jugendlichen eine zehnprozentige Lohnzulage gewährt. Nach drei Wochen, als man sah, daß damit die Unzufriedenheit der Beschäftigten nicht zufriedengestellt sei, wurde allen Beschäftigten eine weitere Zulage von 10 pZt. Die Zulage konnte allerdings leicht gewährt werden, da die Verkaufspreise der Produkte um 20 pZt. erhöht worden waren. Ohne Organisation wären diese 20 pZt. aber jedenfalls voll in die Taschen der Fabrikanten geflossen, und dieser Umstand dürfte überall den Fernstehenden auch die Augen öffnen. Die Mitgliederzahl hat sich von 42 auf 80 erhöht. Leider nehmen die Bäcker an dieser Vermehrung gar keinen Anteil; bei diesen ist sogar ein Rückgang von fünf Mitgliedern zu verzeichnen. Was angesichts der Tatsache, daß hier noch die erbärmlichsten Zustände in den Bäckereien herrschen, sehr zu bedauern ist. Hoffentlich erwachen aber auch hier die Kollegen einmal, um sich ihrer Menschenwürde zu erinnern. Die Einnahmen belaufen sich auf ℳ 1384,06, die Ausgaben auf ℳ 1327,51; bleibt ein Bestand am Jahresanfang von ℳ 6,55. Unterstützung wurde bezahlt an 22 Kollegen für 237 Tage ℳ 237, außerdem an 15 Durchreisende eine Lokalunterstützung à 50 ₰. Zwei Kollegen beim Militär erhielten jeder ℳ 3. Diskussion wurde keine beliebt. In den Vorstand wurden gewählt: Natzsch, Bitzer, Meister, Müller, Henkelmann, Riedel und Kaiser; als Kartelldelegierte: Meister und Imhof. Kollege Dengel behandelte dann noch die in Aussicht genommene Beitragsklasse von ℳ 1 und steht in Aussicht, daß auch hier viele Kollegen in diese Klasse eintreten. Am Donnerstag, 29. Februar, findet nachmittags 4 Uhr eine öffentliche Versammlung im Gewerkschaftshause statt, in welcher Kollege Allmann referiert, und abends bei Kehres eine Betriebsversammlung der in der Schokoladenfabrik Beschäftigten. Die Kollegen und Kolleginnen wurden ersucht, schon jetzt dafür Propaganda zu machen. Mit einem begeisterten Hoch auf den Verband wurde die anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

Frankfurt a. M. Am 31. Januar fand im Gewerkschaftshaus die gemeinschaftliche Generalversammlung statt. Den gedruckten Bericht ergänzte Kollege Rumeleit, der besonders hervorhob, daß die Organisation zwei aufeinander folgende Kampfjahre siegreich bestanden habe. Unter allgemeiner Zustimmung hob der Bericht hervor, daß der Tarifvertrag, den über 400 Meister anerkannt haben und der durch friedliche Verhandlungen zum Abschluß kam, die Folge des vierwöchigen harten Kampfes vom vorherigen Jahre sei. Außer in Frankfurt und Vororten fanden noch Lohnbewegungen in Nauheim und Neu-Isenburg statt. In letzterem Orte kam es zum Streik. Ferner wurden für die Kollegen in den Höchster Farbwerken und in der Hausener Brotfabrik Verbesserungen erreicht. Die Versuche der Gelben und Hirsche, dies zu verhindern, blieben erfolglos. Während in Frankfurt und Höchst die Organisation als gut bezeichnet werden kann, herrscht in Offenbach, Gießen, Hanau, Marburg und Fulda große Gleichgültigkeit; auch unter den Konditoren vermag der Organisationsgedanke sich nur schwer Bahn zu brechen. Die umfangreiche Agitation hatte den Erfolg, daß die Mitgliederzahl um 192, auf 872, am Jahresschluß erhöht werden konnte; die durchschnittliche Mitgliederzahl beträgt 810. Infolge der Lehrlingszüchterei herrscht das ganze Jahr hindurch große Arbeitslosigkeit, so daß die Unterstützungseinrichtungen unentbehrlich geworden sind. Es wurden an Erwerbslosenunterstützung ausbezahlt ℳ 5804,05. Der Bericht gab weiteren Aufschluß über die geschäftlichen Arbeiten und verlangte von den Arbeitgebern Aufklärung über die in der Innungskrankenkasse entstandenen Fehlbeträge, die sich nach dem Gutachten des beeidigten Gerichtsrevisors auf ℳ 3006,60 belaufen. Der Kassenbericht wies eine Gesamteinnahme von ℳ 28 381,54, eine Ausgabe von ℳ 24 847,94 und einen Kassenbestand von ℳ 3533,60 auf. Bemerkt wird hierbei, daß seit Einführung der Staffelbeiträge am 1. Oktober 1910 ein Lokalbeitrag nicht erhoben wird. Es wurde ein Antrag angenommen, daß die an den Bildungsausschuß abzuführenden Beträge in Zuknuft von den Mitgliedern besonders zu erheben sind, ebenfalls der Maifondsbeitrag. Vorstand und Kassierer wurden einstimmig Decharge erteilt. Die Wahl der Gesamtverwaltung erfolgte einstimmig nach den Vorschlägen der Branchensektionen. Als Vorsitzenden bestimmte die Versammlung den Kollegen Kiefl, als Schriftführer Lorge, als Kassierer Rumeleit. Sodann erfolgte die Aufstellung von 54 Vertretern und Stellvertretern zur Innungskrankenkasse. Die regelmäßigen Mitgliederversammlungen finden nach den Vorschlägen der Branchensektionen in Frankfurt jeden ersten Dienstag im Monat, mittags 1 Uhr und abends 8 Uhr, in Offenbach jeden ersten Donnerstag, nachmittags 2 Uhr, im „Storch", in Höchst jeden ersten Mittwoch um 2 Uhr bei Pump, Königsteiner Straße, statt.

Görlitz. Unsere Generalversammlung am 21. Januar im „Goldenen Kreuz" war gut besucht. Prohaska gab als ersten Punkt den Geschäfts- und Kassenbericht und führte die guten Fortschritte unseres Verbandes in Görlitz im letzten Quartal an. Er forderte auf, auch im neuen Jahre recht tüchtig mitzuarbeiten, um die Organisation immer fester zu schmieden. Welches Ansehen die Organisation schon erhalten hat, zeigt am besten die Firma Matke & Sydow, wo bereits durch unsern Verband bedeutende sanitäre Fortschritte erzielt wurden; auch die Behandlung, welche früher russischen Zuständen glich, hat sich etwas gebessert. Sodann referierte Barth-Berlin über die damals noch bevorstehenden Reichstagsstichwahlen. Nicht endenwollender Beifall zeigte am Schluß des Referats, wie sehr die Mitglieder Barths Ausführungen zustimmten. Zu den folgenden Vorstandswahlen entspann sich eine recht rege Debatte. Zum ersten Vorsitzenden wurde Kollege Fritz Engmann, zum zweiten Vorsitzenden Gerhard Klemt, zum Schriftführer Richard Wolf gewählt. Den Posten des Kassierers behielt Kollege Prochaska bei. Zum Schluß des Punktes 3, welcher über recht schwierige Punkte führte, wurden noch zur Bezirkskonferenz in Breslau gewählt: Prochaska, Engmann und Frau H. Auch die weitere Debatte zeitigte reges Interesse und diverse Auseinandersetzungen, welche aber alle wieder zur friedlichen Einigung führten. Hoffen wir, daß das neue Jahr, vorgearbeitet durch das alte, ein recht gutes werden möge. Einen guten Teil der bisherigen Fortschritte haben wir unsern Beitragskassierern zuzuschreiben, welche durch Aufopferung ihrer ganzen Kräfte und der freien Zeit ein gutes Stück Arbeit leisteten. Mögen auch die Beitragssammler unverdrossen so weiterarbeiten und wir werden Schritt für Schritt vorwärts kommen, damit auch wir bald daran denken können, an den alten Lohn- und Arbeitsverhältnissen mit Kraft und Erfolg zu rütteln. Mißerfolge, wenn solche vorkommen, müssen uns neue Erfolge bringen. Darum beherzige jeder Kollege und jede Kollegin das Wort: Durch Macht zum Ziel! und wir werden auch zu unserm Ziel kommen.

Harburg. Die Generalversammlung fand am 1. Februar bei E. Lüssenhop statt. Aus dem vom Vorsitzenden Kollegen Völker gegebnen Jahresbericht ist folgendes hervorzuheben: Trotz vieler im Reiche stattgefundenen Lohnbewegungen blieb Harburg, da wir durch ein Tarifabkommen gebunden sind, verschont. Der Mitgliederstand ist hier, wie in allen Berufen, im Fließen, da Harburg immer nur als Uebergangsstation nach Hamburg angesehen wird; trotzdem ist auch hier ein kleiner Fortschritt zu verzeichnen. Der Besuch der abgehaltenen Versammlungen hätte besser sein können, wenn auch durchschnittlich 50 pZt. der Mitglieder anwesend waren. In der Gesellenausschußwahl sind unsere Kandidaten gewählt worden. Klagen über den Innungs-Arbeitsnachweis lagen öfter vor. Der Kassenbericht, gegeben vom Kollegen Meier, lag gedruckt vor und wurde vom Kassierer erläutert. Bestand am 1. Januar 1911 ℳ 55,43. Gesamteinnahme ℳ 2690,38, an die Hauptkasse gesandt ℳ 2155, Arbeitslosen-, Reise-, Kranken- und Streikunterstützung ℳ 521,75, Verwaltungskosten, Kartell- und Sekretariatsbeiträge ℳ 449,84. Kassenbestand am 31. Dezember 1911 ℳ 75,24. Der Kassierer sowie der Gesamtvorstand wurden entlastet. Die Vorstandswahl ergab unter Hinzuziehung des Kollegen Rauft als zweiten Schriftführer die Wiederwahl des alten Vorstandes, ebenso die der Bezirkskassierer. Die einsetzende Diskussion über den Jahresbericht war eine sehr rege und ist dies sehr erfreulich zu nennen; ist doch die Organisation dazu da, die Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten, aber auch auf die Pflichten derselben hinzuweisen. Erwähnt sei noch, daß nach dem Hamburger Lohnkampf die hiesige gelbe Organisation durch die Opposition einiger ihrer Mitglieder, die noch etwas Ehrgefühl besaßen, aufgelöst wurde. Die noch zurückbleibenden haben sich veranlaßt gefühlt, ein anderes Aushängeschild ihrer ehrenwerten Firma anzunehmen und vegetieren als Sumpfpflanzen weiter, wohlbehütet von dem hiesigen Wirtschaftlichen Schutzverbande. Als Kartelldelegierte wurden die Kollegen A. Rose und F. Pirkl, als Delegierte zur Bezirkskonferenz die Kollegen W. Völker und P. Thierfelder gewählt.

Kiel. Die Generalversammlung wurde durch zwei gut vorgetragene Tendenzlieder des Gesangvereins „Holsatia" eingeleitet. Sie war von 125 Kollegen besucht. Zum gedruckten Geschäftsbericht machte Kollege Nußbaum einige Ergänzungen, so zum Beispiel zu den Fragebogen über die Frequenz in den Verbandsarbeitsnachweisen. Kollege Hoffmann gab einige Erläuterungen über den Kassenbericht und kam unter anderm auf die Streikbeiträge zu sprechen. In der Diskussion wurden einige Formfehler, welche Hoffmann in der Jahresabrechnung gemacht hatte, richtiggestellt. Eine lebhafte Debatte zeitigten die hohen Ausgaben für Zeitungsinserate. Zu der Anfrage des Kollegen Worm, inwieweit Kollegen, welche außerhalb ihres Berufes arbeiten, die Streikbeiträge bezahlen müßten, erklärte Nußbaum, daß diese Frage erst von neuem ventiliert werden müßte. Bei der Neuwahl des Ortsvorstandes werden durchweg die von der Kommission vorgeschlagenen Kollegen gewählt. Die Ortsverwaltung setzt sich danach folgendermaßen zusammen: Nußbaum erster, Mumm zweiter Vorsitzender; Ernst Schröder Kassierer; Eggerstedt Schriftführer; Karl Möller und Siebeck Beisitzer. Als Revisoren fungieren Mandellow, Levetzow und Ullrich, als Kartelldelegierte Mandellow und Levetzow und als Boten Worm, Lindau und Lappkau. Nußbaum dankte im Namen des neuen Vorstandes und wünschte, daß er auch fernerhin tatkräftig unterstützt werde. Hierauf wies Gauleiter Liescher auf den Zweck und Nutzen der Bezirkskonferenzen hin. Gewählt wurden als Delegierte die Kollegen Mandellow, Levetzow und Schröder. Nach Erledigung einiger Anfragen unter „Verschiedenes" appellierte Kollege Liescher an die Versammelten, tatkräftig für die Ausbreitung des Verbandes zu sorgen und stets freudig den Vorstand bei seinen Arbeiten zu unterstützen; nur dann könne man Früchte ernten.

Remscheid. Am 4. Februar tagte im Volkshause unsere gut besuchte Generalversammlung. Der Vorsitzende wies zunächst auf ein Schreiben vom Hauptvorstand betreffs des ℳ-1-Staffelbeitrages hin. Darauf erstattete der Kassierer L. Oberndörfer den Kassenbericht vom vierten Quartal. Zum Jahresbericht, der heltographiert vorlag, verlas der Kassierer den Kassenbericht, der vom Vorsitzenden in kurzen Zügen skizziert und erläutert wurde. Ein arbeitsreiches Jahr liegt hinter uns, doch können wir konstatieren, daß auch unsere Mühe von Erfolg gekrönt war. Aufgenommen wurden 25 Kollegen; der Umsatz an Beiträgen hätte sich mehr als verdoppelt. Ueber Restanten sei im allgemeinen wenig zu klagen; die säumigen Mitglieder müßten im neuen Jahre etwas energischer an ihre erste Pflicht gemahnt werden. Ebenso günstig schließe auch der Kassenbestand ab. Im neuen Jahre gelte es nun, die neu eingerichtete Bezirkseinteilung gut auszubauen, um die Organisation innerhalb der Zahlstelle zu festigen und neue Mitglieder zu gewinnen. Nach einer kurzen Diskussion wurde dem Vorstande Entlastung erteilt. Hierauf erfolgte die einstimmige Annahme eines Antrages, betreffend Einstellung von Arbeitskräften in die Konsumbäckerei. Zur Bezirkskonferenz wurden die Kollegen Trill und Teigky delegiert. Hierauf erfolgten die Neuwahlen. Zum ersten Vorsitzenden wurde Trill, zum zweiten Schüle, zum Kassierer Oberndörfer, als Stellvertreter Kurz, zum Schriftführer Brennemann gewählt. Revisoren wurden die Kollegen Enders und Bohner. Der Vorsitzende erinnerte noch daran, daß es Pflicht eines jeden Mitgliedes sei, den Vorstand in seiner Tätigkeit zu unterstützen, da es dann leicht sein würde, dem Verbande neue Kämpfer zuzuführen. Der Bezirksleiter Wolz wies nochmals auf die neue Beitragsstaffel zu ℳ 1 hin.

Rosenheim. Am 18. Januar fand hier die Generalversammlung statt, welche sehr gut besucht war. Kollege Dunst gab den Vorstandsbericht und betonte, daß das verflossene Jahr ein sehr arbeitsreiches und erfolgreiches war. Hat uns doch die stattgefundene Lohnbewegung verschiedene Vorteile gebracht. Im zweiten Punkt gab Kollege Geigenberger den provisorischen Kassenbericht. Im vergangenen Jahre sind monatlich mehr als 400 Marken verkauft worden. Aufnahmen waren 83 zu verzeichnen. Im dritten Punkt kam Kollege Gaßner unter anderm kurz auf die jüngsten Vorgänge in unsern Branchen zu sprechen, wobei er hauptsächlich auf den Dresdner Streik hinwies. Bei der vorgenommenen Wahl des Ausschusses wurden Dunst als erster, Hans Bauer als zweiter Vorsitzender und zum Kassierer Geigenberger, zum ersten Schriftführer Ignaz Koch, zum zweiten Seb. Wurmseher gewählt. Als Revisoren wurden Georg Filser wieder- und Heinrich Stangl neugewählt. Im vierten Punkt, „Verschiedenes", wurde beschlossen, den 60-₰-Beitrag ab Neujahr einzuführen.

Weißwasser. Die am 4. Februar im Hotel „Zur Krone" stattgefundene Generalversammlung war gut besucht. Nachdem der Vorsitzende seinen Tätigkeitsbericht und der Kassierer den Kassenbericht gegeben hatte, wurden in den Vorstand gewählt: Karl Fröhlich, Vorsitzender; Richard Knoll, Kassierer; Anton Effenberger, Schriftführer; Franz Patzdorf und Fritz Herrlitz, Revisoren. Nach Besprechung der örtlichen Verhältnisse wurde die Versammlung geschlossen.

Wittenberg (Bez. Halle). Unsere Generalversammlung fand am 4. Februar statt. Kollege Friedrich gab den Kassenbricht für 1911, welcher sehr zufriedenstellend ausfiel. Nach erfolgter Vorstandswahl behandelte Friedrich das Rundschreiben des Hauptvorstandes, wonach am 1. April die neue Beitragsklasse zu ℳ 1 eingeführt werden soll, wodurch die Kollegen erhöhte Krankenunterstützung erhalten. Die nächste Versammlung am 11. Februar wurde auf den 25. Februar verlegt; sonst sollen die Versammlungen, wie bisher, jeden zweiten Sonntag im Monat, im Restaurant „Zur Einigkeit", Töpferstraße 1, stattfinden.

Bäcker.

Danzig. (Mißhandlungen eines Lehrlings.) Jedes Jahr, wenn die Kinder die Schule verlassen, stürzen sich die Bäckermeister mit wahrer Wut auf die schulentlassene Jugend, um sie als billiges Ausbeutungsobjekt zu gewinnen, und die Innungsvorstände erlassen in bürgerlichen Zeitungen verlockende Inserate und versuchen, die Väter durch prahlerisches Geschrei zu verblenden. In solchen Annoncen wird der Vater warnend gebeten, seinen Sohn nur bei einem Innungsmeister (jedenfalls weil diese Herrschaften die Ausbeutung

besonders verstehen) in die Lehre zu geben. Die meisten Väter, hauptsächlich in den ländlichen Bezirken, lassen sich durch diese Innungstricks einfangen und geben ihre Söhne, in dem Glauben, daß diese was Tüchtiges lernen, den Ausbeutern hin. Wie jedoch die Lehrlinge, die durchweg vom Lande kommen oder aus Anstalten geholt werden, von den Bäckermeistern in Wirklichkeit behandelt werden, zeigt folgender Vorgang.

Bei dem Bäcker Otto Schober, Johannisgasse 71, trat im Januar 1911 der Lehrling D. in die Bäckerlehre. Schriftlich wurde vereinbart, daß Schober dem D. für das erste Lehrlingsjahr *M* 6, für das zweit *M* 8 und für das dritte *M* 11 pro Monat geben solle. Da der Lehrling nun jetzt das zweite Jahr in der Lehre war, hatte er bei Sch. *M* 70 Lohn stehen. Am 3. Februar bat er den Meister, ihm doch den Lohn zu geben, da er das Geld notwendig brauche. Statt Geld zu erhalten, wurde der Lehrling von dem Meister aber an diesem Tage auf dem Mehlboden verprügelt und mißhandelt!

Am 3. Februar, gegen 11 Uhr vormittags, erschien der Lehrling im Bureau unserer Organisation in Danzig und wies die Spuren der überstandenen schweren Mißhandlung vor. Mund und Nase waren dick geschwollen und voll Blut. An der rechten Backe war die Haut, jedenfalls von einem Fall, abgeschabt. Verzagt und verweint erzählte der Lehrling, daß er, trotzdem er bis zu 14 Stunden täglich arbeiten müsse, vom Meister Schober sehr oft geschlagen werde. Nach der Mißhandlung habe Schober noch gesagt: „Du Hund, ich schlage Dir die Knochen kaput; ich schlage Dich zum Krüppel.“ Weiter erzählte der junge Mensch: Am Freitag und Sonnabend muß ich bis nachmittags 3 Uhr arbeiten und wieder um 7 Uhr zur Arbeit aufstehen, so daß ich nur vier Stunden Schlaf bekomme. Am 11. November hat Schober mich auch furchtbar geschlagen, so daß mir beim Semmelstreichen und bei der Zubereitung der Backwaren das Blut aus Nase und Mund floß. Er hat mich mit dem Kopf gegen die Wand gestoßen und ich hatte noch lange Zeit danach Kopfschmerzen. Ich muß auch Holz hauen.“ (Holzhauen für Backzwecke ist bekanntlich eine Arbeit, die sogar erwachsenen Arbeitern schwer fällt, aber dieser Meister zwingt seinen Lehrling dazu, und zwar noch nach der Arbeitszeit.)

Dieser kurze Bericht über die Leiden eines Lehrlings, an dessen Richtigkeit nach dem Aussehen des Betreffenden nicht zu zweifeln war, enthüllte eine Fülle von Trostlosigkeit und Leiden. Schlimmer konnte es in der Zeit der Sklaverei auch nicht hergehen. Durch eine solche rohe Behandlung werden die edelsten Triebe und Keime der Lebensfreude und Menschenwürde in einem jungen Menschen restlos erstickt. Und leider wissen wir, daß es Hunderten von Lehrlingen, von denen nichts an die Oeffentlichkeit kommt, auch so geht. Reaktionäre Bestimmungen der Gewerbeordnung geben ja unverständigen und brutalen Naturen auch das Recht, die sogenannte „väterliche Zucht“ an Lehrlingen auszuüben, und so gibt es für diese — und für die Gesellen oft auch noch! — Prügel. Die Behörde, Polizei und Gewerbeinspektion, kann aber trotzdem hier in Danzig nur selten ungesetzliche Handlungen der Bäckermeister „feststellen“. Oft schon hat sich unsere Organisation an die Gewerbeinspektion um Beseitigung dieser oder jener Mißstände in den Betrieben gewendet, leider aber immer vergeblich; denn die Meister haben es immer verstanden, begangene Ungesetzlichkeiten rechtzeitig zu verbergen. Infolgedessen sind wir nun auch davon abgekommen, diese „soziale Einrichtung“ weiter in Anspruch zu nehmen, haben aber selbstverständlich gegen den Meister Otto Schober anderweitig Schritte unternommen.

Hirschberg i. Schl. Am 7. Februar hatte Kollege Prohaska-Görlitz eine öffentliche Versammlung einberufen, in der er über die Mißstände in den Bäckereien und im Kost- und Logiswesen sprach. Leider konnte das Referat nicht recht wirken, da die dortigen Kollegen einen Bierabend vorgezogen haben, statt ihre Interessen vertreten zu wollen. Es waren im ganzen neun Personen erschienen, von denen aber vier Kollegen sich doch unserm Verbande anschlossen. Fuß wäre also gefaßt, und wir werden alles daransetzen, auch in Hirschberg die Organisation auf die Höhe zu bringen. In der Debatte äußerten sich einige Kollegen über die Gleichgültigkeit der fehlenden Kollegen und versprachen, neue Mitglieder zu bringen und tüchtig mitzuarbeiten. Hoffen wir, daß dieses geschieht und die traurigen Verhältnisse beseitigt werden. Gibt es doch Meister, welche ihren Gesellen hier *M* 4, 5 und *M* 6 zahlen. Ein Zeichen, daß die Organisation noch viel Boden zu bearbeiten hat. Auch hier erlauben sich die Meister noch die Dreistigkeit, da es eben zu viel Gesellen gibt, den Gesellen in jeder gemeinen Weise entgegenzutreten. Also hoffentlich sehen auch die übrigen Kollegen nun bald ein, daß der einzige richtige Weg nur zur Organisation führt.

Oldenburg. Am 1. Februar feierte die Oldenburger Bäckerinnung ihr 550jähriges Bestehen. Daß derartige Festlichkeiten dazu benutzt werden, die Gesellen über ihre traurige Lage hinwegzutäuschen, ist nur ganz natürlich, und war deshalb an sämtliche Vergnügungsvereine eine Einladung ergangen. Der Verband war selbstverständlich nicht eingeladen worden; denn die Herren Bäckermeister hatten Angst, daß wir ihnen die Freude am Feste verderben würden, dieweil von dem guten Einvernehmen und dem guten Entgegenkommen der Meister gegen die Gesellen gar viel geflunkert wurde. Ueberhaupt hatte es der größte Teil der Oldenburger Kollegen vorgezogen, der Veranstaltung fernzubleiben, denn sie wollen sich über ihre traurige Lage nicht hinwegtäuschen lassen und sind sich dessen bewußt, daß ein wirklich gutes Einvernehmen durch solche Feste nicht gefördert wird. Gute Behandlung, anständiger Lohn, Verkürzung der Arbeitszeit, Abschaffung des Kost- und Logiswesens und einen freien Tag in der Woche — dies sollten die Meister gewähren und tariflich anerkennen, dann würde sofort das beste Einvernehmen Platz greifen. Deshalb, Oldenburger Kollegen, müßt aber auch Ihr etwas mehr Verständnis für Eure Interessen zeigen. Mit der geballten Faust in der Tasche wird es nicht besser, sondern nur durch eine gute Organisation können solche Forderungen in Erfüllung gehen. Darum solltet Ihr endlich alle einsehen, daß Ihr in den Zentralverband der Bäcker und Konditoren gehört, denn nur der ist in der Lage, derartige Forderungen durchzuführen. Schließt Euch der Organisation an und auch in Oldenburg werden bessere Verhältnisse Platz greifen.

Rendsburg. (Ein Bäckerbild.) Zu der jeden ersten Sonntag im Monat hier stattfindenden Brüderschaftsversammlung war Bezirksleiter Nußbaum aus Kiel erschienen. Er führte dem Vorsitzenden der Brüderschaft in sächlicher Weise den Zweck seines Kommens vor Augen und ersuchte diesen, dahin zu wirken, daß er in der Versammlung einmal zu Wort kommen könne. Da ja auch schon Wischnövsky am Orte geredet habe, könnten die Rendsburger nunmehr mal einen Verbandsvertreter anhören. Der Vorsitzende erklärte zunächst, daß die Brüderschaft niemals dem Bunde angeschlossen gewesen sei, wenn die gelben Führer das behaupteten, müsse ihnen ein Irrtum unterlaufen sein. (Sie leiden an chronischen Schwindelanfällen.) Zur Bitte Nußbaums meinte er, daß wohl keine Aussicht bestände, daß die Versammlung ihn anhören werde, „denn die Leute seien noch nicht reif dafür“ und außerdem hätten sie keine Geduld, da sie nachher gern zum Tanz gehen wollten. Wie er vorausgesagt, traf es auch ein — es war keine Zeit für wirtschaftliche Aufklärung vorhanden! Dafür wurde aber mit mehr Rührung als Notenkenntnis das herrliche Volkslied: „Freiheit, die ich meine“ malträtiert. Ob wohl ein einziger von den Sängern einmal über den Sinn dieses Liedes nachgedacht hat? Es folgte dann Lied auf Lied und Runde auf Runde; alles schwamm in Harmonie und Glückseligkeit, bis die Zeit zum Tanzen da war, dann zogen sie ab.

Glückliche Arbeitgeber in Rendsburg! Solange es noch solche Gesellen gibt, solange diese nicht mehr brauchen als Arbeit, Essen, Trinken, Schlaf und Tanz, so lange braucht Ihr für Euren Profit nicht bange zu sein. Wie mag sich wohl in den Köpfen solcher Kollegen die Zukunft malen? Wie wird es, wenn das Alter und damit das Elend kommt? Rendsburger Bäcker, bedenkt Euch zur rechten Zeit, sorgt für Euer Wissen, für Eure Aufklärung, Euch selber zum Besten!

*

Wegen Raummangels mußte ein Teil der zuletzt eingelaufenen Berichte zurückgestellt werden. D. R.

Aus Unternehmerkreisen.

Konditorei.

„Drei Schritt vom Leibe!“ schreien bekanntlich unsere süßen Selbständigen gegenwärtig ihren Vettern, den Bäckermeistern, mit voller Lungenkraft entgegen — sie wollen absolut nicht von diesen an das Bruderherz gedrückt sein. Wird ihnen freilich nicht viel helfen; denn wenn wir es auch für ausgeschlossen halten, daß in absehbarer Zeit das Konditoreigewerbe völlig von der Bäckerei aufgesaugt wird, sondern im Gegenteil annehmen, daß gewisse Spezialzweige der süßen Kunst immer mehr an Boden gewinnen, so ist es doch mit Händen zu greifen, daß die Bäckerei selbst, bedingt durch die gesteigerten Ansprüche der breiten Massen, immer mehr nach der Konditorei hin sich entwickelt. Kurzsichtiger Futterneid läßt die Konditoren aber den richtigen Weg zur Vertretung ihrer wirklichen Interessen nicht finden und sie wissen nichts Besseres zu tun, als auf den konkurrierenden Bäcker zu schimpfen. Ganz toll ist es geworden, seit die Bäckermeister auf dem „Germaniatage“ in Stuttgart im Herbste des Vorjahres dafür eintraten, daß beide Gewerbe als verwandt auch von den Behörden anerkannt würden, und die „Süßen“ haben mit Anträgen die Handwerkskammern bestürmt, eine solche Verwandtschaft nicht anzuerkennen. Diese Kammern wollen nun wieder die Gründe solcher Anträge kennen lernen, und wie geradezu einfältig die Konditoreninnungen dann mitunter antworten, zeigt ein solches Schriftstück, das kürzlich die Freie Konditoreninnung zu Gotha in die Welt gesetzt hat. Es lautet:

„Bezugnehmend auf das uns zugesandte Schriftstück betreffs „Verwandtschaftlicher Gewerbe der Konditorei und Bäckerei“, erlaubt sich die Freie Konditoreninnung entschieden dagegen Stellung zu nehmen, denn schon bei den Prüfungsordnungen der Meister und Gesellen werden doch bei den Konditoren ganz andere Sachen verlangt und Aufgaben gestellt, als bei den Bäckern, ferner werden in den Konditoreien Eis, Eisspeisen, Eispuddings, gestürzte Cremes, Eisgetränke, Punsch à la romain, Sorbetts usw., Schokolademwaren, als Pralines, Fondants, gefüllte Bonbons usw., Tafelaufsätze, Makronenberge, Bienenkörbe, Füllhörner, Spahnberge angefertigt, was in Bäckereien niemals verlangt und geliefert werden kann, selbst Torten, Baumkuchen und die verschiedenen Stückbäckereien werden in Bäckereien von Konditorgehilfen meistenteils angefertigt, deshalb ersucht und bittet die Freie Konditoreninnung darauf hinzuwirken, daß in Bäckereien keine Konditorgehilfen mehr beschäftigt werden dürfen, denn dadurch wird dem selbständigen Konditoren auf eine ganz ungerechte Art und Weise großer Schaden zugefügt, auch wird die Handwerkskammer ersucht, niemals beide Gewerbe als verwandte zu bezeichnen.“

Die Gothaer Innung bestätigt also selber, daß in den Bäckereien „Torten, Baumkuchen und die verschiedenen Stückbäckereien“ hergestellt werden! Aber verwandt sind die beiden Gewerbe deshalb nicht! Offenbar hat der Verfasser des geistreichen Schriftstücks dann aber eingesehen, daß unter diesen Umständen bloß ein Gewaltmittel die engen Bande lösen kann, und kurzerhand hat er den gordischen Knoten mit seinem scharfen Tortenmesser durchgehauen, indem er von der Handwerkskammer verlangt, darauf hinzuwirken, daß kein Konditorgehilfe mehr in Bäckereien beschäftigt werde. Der Schlaue vergißt freilich zu sagen, wie solche Beschäftigung gehindert werden soll und vergißt auch, daß heute fast jedes Bäckermeistersöhnchen selber die Konditorei lernt. O heilige Einfalt!

Aus gegnerischen Organisationen.

Noch einmal die Gesellenausschußwahl in Berlin und der Fall Jamitzki. Die Festnagelung der gelben Jämmerlichkeit unserer Berliner Gelben in Nr. 9 unserer Zeitung hat die ganze fanatische Wut der gelben Drahtzieher entfacht. Sie gebärden sich wie wild und toll und ihr Jammer ist wirklich so rührend, daß man kein m[illegible]liches Herz haben müßte, wenn man mit ihnen nic[illegible] wenig Mitleid verspüren sollte. Zunächst hat es ihne[illegible] Gesellenausschußwahl am 16. Januar angetan. Da[illegible] neue Zwangsinnung nicht mehr Legitimations[illegible] herausgab, sondern die Meister aufforderte, ihren Ge[illegible] schriftliche Bescheinigungen auszustellen, wird [illegible] Innungsleitung als das größte Verbrechen angere[illegible] und drohend rufen sie den Herren zu: „Wenn ihr [illegible] bessere Wahlen machen könnt, dann werden wir [illegible] werksretter uns nicht mehr an der Wahl beteiligen!“

Hoffentlich knicken die beiden Obermeister der [illegible] Zwangsinnung, Milleville und Schmidt, vor [illegible] fürchterlichen Drohung gehörig zusammen und mache[illegible] Wahlen genau so wie anno 1906, als Obermeister [illegible] ville seinen Innungssekretär Jung schriftlich an[illegible] einem Manne, den man als gelben Führer betrachtete, [illegible] aber gar nicht in Arbeit stand, 20 Legitimationskarten [illegible] zuhändigen. Die wurden dann an die „zuverläs[illegible] Gesellen, ganz gleich, ob arbeitslos oder nicht, ab 21 [illegible] 18 Jahre alt, verteilt. Oder wie bei der letzten Gese[illegible] ausschußwahl in Charlottenburg, wo man erst e[illegible] großen Teil Gesellen das Wahlrecht abschnitt, und [illegible] dieser Coup seine Wirkung getan, die so zustande [illegible] kommene Wahl jedoch angefochten wurde, dann Bä[illegible] meister und Gesellen aus Wilmersdorf, Moabit, Sch[illegible] berg und andern Orten neben den auf der Innu[illegible] herberge liegenden Arbeitslosen in solcher Zahl zur [illegible] schleppte, daß die gelbe Liste siegen mußte. Wir kön[illegible] lange Abhandlungen über die Wahlmogeleien der Inn[illegible] im Dienste der Gelben schreiben, wenn das einen [illegible] haben könnte. Aber komisch wirkt es, wenn jetzt [illegible] gelben Drahtzieher sich darüber erbosen, daß bei d[illegible] Wahl nicht ebenso gemogelt wurde. Daß sie dabei [illegible] Dreistigkeit besitzen, um ihre Niederlage zu vertuschen, [illegible] Schiebungen vorzuwerfen, sei nur nebenbei erwähnt. [illegible] behauptet der gelbe Berichterstatter in den letzten „Le[illegible] ruten“, der Beamte auf dem paritätischen Arbeitsnach[illegible] habe am 15. Januar den Arbeitsuchenden befoh[illegible] „Morgen alle Mann zur Gesellenausschußwahl!“ [illegible] 200 Arbeitsuchende hätten diesen Befehl befolgt und wä[illegible] am andern Tage zur Wahl erschienen.

Ein anderer, namens Quermann, behauptet [illegible] Gegensatz dazu, diese 200 Arbeitsuchenden wären vom [illegible] beitsnachweis der neuen Zwangsinnung, der in dem [illegible] bäude eingerichtet ist, in dessen Räumen die Wahl s[illegible] fand, zur Wahl geschleppt worden.

Wer von den beiden recht hat, mögen die Gö[illegible] wissen. Wahrscheinlich haben beide gar keine Bäckerges[illegible] im Auge, sondern recht große Bären, die sie nun i[illegible] gläubigen Schäfchen aufbinden wollen.

Wir hätten von diesem konfusen Geschreibsel keine N[illegible] genommen, wenn die „Leimruten“ nicht noch einmal [illegible] Sache Jamitzki angeschnitten hätten, die sie glauben [illegible] Kampfe gegen unsern Arbeitsnachweis ausspielen zu [illegible] nen. Der „Gewährsmann“ hat auf Grund unserer D[illegible] legungen in Nr. 4 noch einmal mit Jamitzki „Rückspr[illegible] genommen“. Dieselbe hatte das Ergebnis, daß Jamitzki [illegible] sächlich einem alten Kollegen, der ihn an seine Verpfl[illegible] tungen erinnerte, angefallen und ihm die Sachen vom Le[illegible] gerissen hat! Nur verschweigt der Gewährsmann, [illegible] Jamitzki noch 10 Marken à 50 ₰ zu bezahlen hatte, die [illegible] sich erst geben ließ, dann aber nicht bezahlte. J. gibt a[illegible] die Raufhändel zu, bei welchem er die Blutvergiftung [illegible] zuzog; schamhaft verschweigt jedoch der Gewährsmann [illegible] wahre Ursache dieses Raufhandels, trotzdem es für [illegible] Oeffentlichkeit außerordentlich interessant wäre, diese [illegible] sache kennen zu lernen. J. gibt weiter zu, daß er auß[illegible] ordentlich bestrebt war, wieder in den Verband zu komm[illegible] daß man ihm aber ziemlich deutlich zu verstehen gab, d[illegible] dem Verband an solchen Mitgliedern nicht allzuviel gele[illegible] sei. Trotzdem, so behaupten die „Leimruten“, seien uns[illegible] Darlegungen doch nur Schwindel! Kurios aber mutet [illegible] an, wenn derselbe Jamitzki, der zugeben muß, daß man ih[illegible] ziemlich deutlich abwinkte, nun behauptet, er habe im Verba[illegible] Vertrauensposten bekleidet. Gewiß drängte er sich überall he[illegible] vor, um seine Wichtigkeit zu beweisen und sich anzubieder[illegible] Aber die Leitung ist solchen Leuten gegenüber äußerst vo[illegible] sichtig. Wenn er es als einen Beweis außerordentlich[illegible] Vertrauens betrachtet, daß er beim Streik einmal zur Bah[illegible] hofskontrolle benutzt wurde, so wollen wir ihn ruhig b[illegible] seinem Glauben lassen. Auch darüber läßt sich weder m[illegible] Jamitzki noch mit den gelben Drahtziehern streiten, ob [illegible] recht ist, daß der Verband bestrebt ist, seine Unterstützung[illegible] einrichtungen nicht von einigen wenigen mit voller Absi[illegible] ausbeuten zu lassen. Jamitzki hat an Kollegen Hetzscho[illegible] einen sechsseitigen Brief geschrieben, von dem man anne[illegible] men muß, daß gewisse andere Leute dabei die Feder gefüh[illegible] haben. Der Brief strotzt von ziemlich klotzigen Beleidigu[illegible] gen und Drohungen. Aber: „Was kümmert es den Mon[illegible] wenn ihn der Mops anbellt!“

Das Ungeheuerlichste leistet sich aber das gelbe Orga[illegible] zum Schluß. Es muß zugegeben werden, daß beim parit[illegible] tischen Arbeitsnachweis die abschließenden Tarifparteimit[illegible] glieder den Vorzug haben. Darüber erhebt das Blatt e[illegible] wahnsinniges Wutgeheul! Sogar die Polizei soll i[illegible] Dienste unseres Verbandes tätig sein, weil zureisende A[illegible] beitslose auf ihre Fragen selbstverständlich nach dem parit[illegible] tischen Arbeitsnachweis gewiesen worden sind. Jeder Schut[illegible] mann sei ein Agitator des ††† Verbandes, kurz, der gang[illegible] Beamtenapparat steht im Dienste der Sozialdemokratie!

Wir wollen dem Verfasser dieser Wutergüsse nur drin[illegible] gend raten, unverzüglich eine Kaltwasser-Heilanstalt aufzu[illegible] suchen, denn der Ausbruch des Verfolgungswahnsinn[illegible] scheint bei ihm unmittelbar bevorzustehen, wenn er nic[illegible] schon unheilbar zum Ausbruch gekommen ist.

Polizei und Gerichte.

Eine Haussuchung in unserer Redaktion hatten wi[illegible] kurz vor Schluß der vorliegenden Nummer. Die Polizei fahndete nach der Nummer 51 des Jahrgangs 1910 (!), in welcher eine kurze Notiz über einen Konditoreibetrieb in Posen gestanden hatte, die vor einigen Wochen zur Bestrafung des verantwortlichen Redakteurs führte. Der Beamte hat die vier Treppen zu unserm Himmelreich vergeblich erstiegen.

Internationales.

Verleumdungen gemeinster Art gegen den verunglückten Genossen Franz Silberer streut jetzt die christlich-soziale Presse Oesterreichs aus und auch einige deutsche bürgerliche Blätter haben es fertig gebracht, diese Verleumdungen zu verbreiten. In der österreichischen christlich-sozialen „Reichspost“ wurde am 1. Februar geschrieben, es sei gegen Silberer Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft eingereicht; denn er habe anvertraute Gelder unterschlagen und sei nach dem Auslande geflüchtet. Dieser berechnete freche Angriff sollte nicht bloß das Andenken Silberers beschimpfen, es sollte vor allen auch das Vertrauen der Bäckereiarbeiter zu ihrer Organisation, die sich eben zu großen Kämpfen rüstet, erschüttern. Gegenüber diesem unglaublich niederträchtigen Vorgehen konstatiert unsere Bruderorganisation in Flugschriften, daß Silberer überhaupt nur die Gelder der Bäckerzeitung verwaltete und am 22. Januar die Kontrollkommission des Verbandes im Beisein einiger Vorstandsmitglieder durch einen Schlosser die Tischkästen Silberers öffnen ließ, eine Revision vornahm und alles in bester Ordnung fand. Am 24. Januar wurde darauf noch die gesamte Kassenverwaltung des Verbandes kontrolliert und auch hier ergab sich die größte Ordnung.

Die österreichische Organisation ist aber den Verleumdern, die sich bisher feig in den Mantel der Anonymität hüllten, auf der Spur und wird sie zu züchtigen wissen.

Kopenhagen. Daß unsere Kopenhagener Kollegen vor einer großen Tarifbewegung stehen, haben wir bereits verschiedene Male kurz gemeldet. Nach den neuesten Mitteilungen steht nun die Entscheidung über Krieg oder Frieden im Laufe dieser Woche noch bevor, und ersuchen wir deshalb nochmals dringend, **jeglichen Zuzug nach dort fernzuhalten.**

Das Bäcker- und Konditorengewerbe in Frankreich.

Nach den kürzlich veröffentlichten Ergebnissen der französischen Berufs- und Gewerbezählung vom 4. März 1906 betrug die Zahl der in unserm westlichen Nachbarlande erwerbstätigen Personen — ohne die häuslichen Dienstboten — 19 774 586 (gegen 18 740 060 1901 und 18 030 373 1896). In der Land- und Forstwirtschaft fanden 8 855 053 Personen Erwerb, in der Industrie und den Transportgewerben 7 224 873, im Handel und Verkehr 2 068 620, im öffentlichen Dienst und den freien Berufen 1 626 040. In Betrieben tätig waren 6 286 507 Inhaber sowie 9 096 002 Angestellte und Arbeiter; die übrigen waren nicht in Betrieben tätige Selbständige, Heimarbeiter und Arbeitslose. Die Zahl der unabhängig von Betriebsstätten erwerbenden Personen ist auffallend groß; sie belief sich auf 4 171 296. In der Landwirtschaft usw. wurden 2 561 103 Betriebe gezählt, in der Industrie 673 193, im Transportwesen 24 498, im Handel und Verkehr 375 721 usw. Die industriellen Betriebe nahmen im Jahrfünft 1901 bis 1906 um 6874 zu.

In der Bäckerei und Konditorei waren im Jahre 1906 224 276 Personen tätig, darunter 172 895 männliche und 51 351 weibliche. Die männlichen Personen bildeten 77 pZt. (oder über drei Viertel) und die weiblichen Personen 23 pZt. (oder nicht ganz ein Viertel) der Gesamtzahl. In der Brotbäckerei fanden 175 880 Personen Erwerb (darunter 36 776 weibliche), in der Kuchen- und Pastetenbäckerei 30 973 (darunter 8173 weibliche) und in der Zuckerwarenerzeugung 17 423 (darunter 6402 weibliche). In der letztgenannten Gewerbeart ist die Frauenarbeit in Frankreich — wie in andern Ländern — am stärksten vertreten. Die Zählungsergebnisse nehmen leider auf Altersunterschiede der erwerbstätigen Bevölkerung nicht Bedacht, so daß es unmöglich ist, den Umfang der Arbeit von Kindern und jugendlichen Personen anzugeben.

Wir wollen nun jedes der drei Gewerbe für sich betrachten.

In der Brotbäckerei verteilten sich die 175 880 Erwerbstätigen nach ihrer wirtschaftlichen Stellung wie folgt:

Betriebsinhaber	69125	oder 39 pZt.
Angestellte	2957	„ 2 „
In den Betrieben der Unternehmer beschäftigte Lohnarbeiter	82331	„ 47 „
Arbeitslose	4806	„ 3 „
Nicht in Betrieben von Unternehmern beschäftigte Einzelpersonen	16661	„ 9 „
Zusammen	175880	= 100 pZt.

Auffallend ist die große Zahl der Betriebsinhaberinnen (24 140), die fast zweiundeinhalbmal so groß ist als die Zahl der Lohnarbeiterinnen in den Betrieben (10 172); unter den Angestellten wiegen die weiblichen Personen (2368) sehr bedeutend vor, wogegen sich unter den außerhalb der Betriebe von Unternehmern tätigen Einzelpersonen gar keine weibliche Person befand.

Die Zahl der Betriebe ist viel kleiner als die Zahl der Betriebsinhaber; sie betrug in der Brotbäckerei 17 432, und davon waren 4778 Alleinbetriebe von Inhabern. Von den Gehilfenbetrieben waren:

Betriebe mit	Zahl der Betriebe	Zahl der in jeder Betriebsklasse überhaupt beschäftigten Personen
1 bis 10 beschäftigt. Personen	42492	81988
1 „ 20 „ „	129	2001
1 „ 50 „ „	25	930
1 „ 100 „ „	7	419
unbekannter Personenzahl	1	?
Zusammen	42654	85288

Auf die Betriebe mit höchstens zehn beschäftigten Personen entfielen 96 pZt. aller in den Betrieben der Unternehmer tätigen Arbeiter und Angestellten. Von diesen Betrieben wieder beschäftigte die große Mehrheit, nämlich 41 604, weniger als je sechs Personen. Der Großbetrieb ist in der französischen Brotbäckerei bisher ohne nennenswerte Bedeutung.

*

Die 30 973 in der Kuchen- und Pastetenbäckerei erwerbstätigen Personen gliederten sich nach ihrer wirtschaftlichen Stellung und dem Geschlecht in der folgenden Weise; es waren:

	Männl. Geschlechts	Weibl. Geschlechts	Zusammen
Betriebsinhaber	5121	2946	8067
Angestellte	867	1901	2768
In den Betrieben tätige Lohnarbeit	14274	3294	17568
Arbeitslose	840	23	863
Einzelpersonen	1698	9	1707
Zusammen	22800	8173	30973

Die Betriebsinhaber bildeten in diesem Gewerbe 26 pZt. aller Erwerbstätigen, die Angestellten 9 pZt., die Lohnarbeiter 56 pZt., die Arbeitslosen 3 pZt. und die selbständigen Einzelpersonen 6 pZt.

Von insgesamt 5308 Betrieben waren 587 Alleinbetriebe von Inhabern, 4518 Betriebe beschäftigten je 1 bis 10 Personen (zusammen 11 683), 131 je 11 bis 20 Personen (zusammen 2095), 46 je 21 bis 50 Personen (zusammen 1609), 10 je 51 bis 100 Personen (zusammen 676), 14 je 101 bis 500 Personen (zusammen 2623) und in 2 Betrieben waren mehr als je 500 Personen (zusammen 1650) tätig. In der Kuchen- und Pastetenbäckerei kommt also der Großbetrieb schon viel mehr in Betracht als in der Brotbäckerei.

*

In der Erzeugung von Zuckerwaren bilden die Betriebsinhaber einen viel geringeren, die Angestellten und Arbeiter aber einen viel höheren Prozentsatz aller Erwerbstätigen als in den beiden andern Gewerben; denn es wurden gezählt:

	Männl. Personen	Weibl. Personen	Zusammen
Betriebsinhaber	1102	316	1418
Angestellte	1612	1002	2614
In den Betrieben tätige Lohnarbeit	7821	5039	12860
Arbeitslose	220	42	262
Einzelpersonen	266	3	269
Zusammen	11021	6402	17423

Von den 1047 Betrieben der Zuckerwarenerzeugung waren 78 Alleinbetriebe; die übrigen verteilen sich nach der Zahl der beschäftigten Personen (Arbeiter und Angestellten) wie folgt:

Grössenklassen der Betriebe	Zahl der Betriebe	Gesamtzahl der beschäftigten Personen
Je 1 bis 10 beschäftigte Personen	724	2423
„ 11 „ 20 „ „	97	1410
„ 21 „ 50 „ „	96	3158
„ 51 „ 100 „ „	29	1999
„ 101 „ 500 „ „	21	3574
„ über 500 „ „	2	2910

Von allen 15 474 Arbeitern und Angestellten waren beschäftigt: in Betrieben mit höchstens 20 Personen 25 pZt., in Betrieben mit über 21 aber nicht über 100 Personen 33 pZt. und in größeren Betrieben 42 pZt. — also mehr als zwei Fünftel. F.

Sozialpolitisches.

Die Bestimmungen der Invalidenversicherung sind unserer Kollegenschaft in letzter Zeit zwar wiederholt klar gemacht worden, aber einzelne Punkte, die gerade unsere Berufsangehörigen interessieren, mögen noch besonders in Erinnerung gebracht werden. Ein Kollege, der sich seine Interessen als Versicherter angelegen sein läßt, hat uns die folgenden Hinweise zugeschickt:

„Es ist leider nicht allgemein bekannt, daß auch bei vorübergehender Beschäftigung Beiträge zur Invalidenversicherung zu entrichten sind. Zwar sind laut Bekanntmachung des Bundesrats vom 24. Dezember 1899 verschiedene „vorübergehende Dienstleistungen“ von der Versicherungspflicht befreit, die tageweise Aushilfsbeschäftigung, zum Beispiel als Bäcker oder Konditor, ist jedoch nicht mit einbegriffen. Es ist also auch bei Aushilfsarbeit auf nur einen Tag eine Invalidenmarke zu kleben, wenn in die Quittungskarte des Betreffenden für die laufende Woche nicht schon eine Invalidenmarke eingeklebt worden ist. Auf Beschwerde eines Kollegen an das Reichsversicherungsamt hat dieses veranlaßt, daß für den Betreffenden nachträglich noch für tageweise Aushilfsarbeit Invalidenversicherungsbeiträge entrichtet werden mußten. Es sollte also jeder Kollege auch bei Aushilfsarbeit seine Quittungskarte mit auf die Arbeitsstelle bringen, damit eine Marke geklebt werden kann; denn gerade in unserm Berufe kommen leider viele in die traurige Lage, Invalidenrente beanspruchen zu müssen. Deshalb ist es von großer Bedeutung, daß möglichst viel Invalidenversicherungsbeiträge vorher entrichtet werden, damit die an und für sich sehr niedrige Rente nicht allzu winzig ausfällt. Auch sollte man nicht versäumen, nach jeder Krankheit, die mit Erwerbsunfähigkeit verbunden war, eine Bescheinigung über die Dauer der Arbeitsunfähigkeit von der Krankenkasse zu verlangen. Diese ist aufzubewahren oder bei Umtausch der Quittungskarte vorzulegen; denn auch dadurch erhöht sich die Invalidenrente. Wünschenswert wäre es übrigens, daß die Krankenkassen unaufgefordert derartige Bescheinigungen ausstellen. Besonders aber achte man darauf, daß nicht Marken einer zu niedrigen Lohnklasse verwendet werden. Ergibt der vereinbarte Wochenlohn pro Jahr berechnet einen höheren Arbeitsverdienst als M. 850 oder übersteigt der von der Krankenkasse festgesetzte durchschnittliche Tagelohn für die Lohnklasse, der man zugehört, den dreihundertsten Teil von M. 850, dann sind Beitragsmarken zu 40 ₰ zu kleben. Ergibt der Wochenlohn pro Jahr mehr als M. 1150 oder übersteigt der Ortslohn der Krankenkasse den dreihundertsten Teil von M. 1150, sind 49-₰-Marken zu verwenden. Jedoch ist auch bei geringerem Arbeitsverdienst die Verwendung von Marken einer höheren Lohnklasse erlaubt; in diesem Falle erhöht sich natürlich auch die eventuell zu gewährende Rente (§§ 1245 bis 1248). Uebrigens empfiehlt es sich, auch bei dauernder Beschäftigung die Quittungskarte dem Arbeitgeber nicht auszuhändigen, sondern die Marken — der gesetzlichen oder einer höheren Lohnklasse — selbst einzukleben und zu entwerten und bei jeder Lohnzahlung die Quittungskarte dem Arbeitgeber vorzuzeigen. Dieser hat dann die Hälfte der gesetzlichen Beiträge an den Arbeitnehmer zu entrichten (§ 1439 der Reichsversicherungsordnung). (Im Bereich einiger Versicherungsanstalten werden die Beitragsmarken von den Ortskrankenkassen geklebt. D. R.) Marken der niedrigsten Lohnklasse verwende man auch bei freiwilliger Weiterversicherung möglichst nicht, da der Steigerungssatz dieser Lohnklasse — nur dieser — prozentual zu ungünstig ist. Bemerkt sei noch, daß die Arbeitnehmer berechtigt sind, sich jederzeit auf eigene Kosten eine neue Quittungskarte ausstellen zu lassen (§ 1415).“

Gewerkschaftliche Rundschau.

Die nächste Generalversammlung des Deutschen Tabakarbeiterverbandes, die zum 13. Mai nach Hamburg einberufen ist, wird sich unter anderm mit Vorschlägen zur Vereinigung dieses Verbandes mit dem Verbande der Zigarrensortierer und Kistenbekleber Deutschlands beschäftigen. Anschließend an diese Generalversammlung wird dann eine gemeinsame Generalversammlung beider Organisationen tagen, auf der jedenfalls die Vereinigung perfekt werden wird.

Der Verband der Handlungsgehilfen beschloß das Jahr 1911 mit einem Mitgliederbestand von 15 502. Die Jahreszunahme betrug 3122. Das ist ein um so erfreulicher Erfolg, als die Schwierigkeiten, die sich der Werbearbeit dieses Verbandes entgegentürmen, ungeheuer groß sind. Für den am 5. Mai in Berlin zusammentretenden Verbandstag hat der Verbandsvorstand eine neue Statutenvorlage ausgearbeitet, die wesentliche Neuerungen enthält. Dabei ist auf die in Aussicht stehende Verschmelzung des Lagerhalterverbandes mit dem Zentralverband der Handlungsgehilfen Rücksicht genommen und hat zu diesem Zweck eine Konferenz der beiden Verbandsvorstände stattgefunden. Hinsichtlich der Beiträge wird der bisherige Modus, von den weiblichen Mitgliedern einen niedrigeren Beitrag zu erheben als von den männlichen, beseitigt. Anstatt dessen werden Staffelbeiträge eingeführt, deren Höhe sich nach dem Einkommen der Mitglieder richtet.

Der Deutsche Transportarbeiterverband zählte am Jahresschluß 1911 193 600 Mitglieder, gegenüber dem Schlusse des dritten Quartals bedeutet dies eine Zunahme von 7100.

Ungetreuer Gewerkschaftsangestellter. Der frühere Lokalbeamte des Deutschen Tabakarbeiterverbandes in Dresden, Franz Schmidt, wurde kürzlich vom dortigen Landgericht wegen Unterschlagung mehrerer tausend Mark Verbandsgelder zu einem Jahre Gefängnis und drei Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt. Zwei Monate wurden ihm als verbüßt durch die Untersuchungshaft angerechnet. — Im Urteil verlas der Vorsitzende, daß die Revisoren erst durch ihre lazen Revisionen die Unterschlagungen ermöglicht hätten.

Politische Rundschau.

Der Reichstag und die 110.

Am Tage vor der Eröffnung trafen die sozialdemokratischen Abgeordneten in Berlin ein, um im Reichstagsgebäude eine Fraktionssitzung abzuhalten. Das Reichstagsgebäude war also besser belebt als bei einer gewöhnlichen Sitzung am Schlusse seiner Session.

Bebel ist jung geworden: Aus seiner Rede hörte man Freude über unsere Siege, aber auch den Ernst der politischen Situation. Seine parlamentarischen Kenntnisse, in 42 Jahren erworben, kommen ihm zugute und wirken belehrend und begeisternd. Die Wahl zum Vorstand der Fraktion ergab die bekannten Namen: Bebel, Haase und Molkenbuhr als Vorsitzende; Fischer-Berlin, Dr. David als Schriftführer; Kaden und Ebert als Kassierer. In den Seniorenkonvent werden beordert: Bebel, Molkenbuhr, Geyer, Haase, Dietz und Richard Fischer. Zum Kartenverwalter wird Genosse Zubeil bestimmt. Die neu eingetretenen Genossen interessierten sich natürlich auch sehr für das Gebäude selbst und seine Einrichtungen.

Am 7. Februar, nachmittags 2 Uhr, erfolgte die Eröffnung des Reichstages durch den Alterspräsidenten Traeger, nachdem vorher die Zeremonie im Schlosse abgewickelt war, bei welcher der Kaiser eine Thronrede vorlas, in der der erste Satz die Verheißung brachte, daß das feste Gefüge des Reiches und der staatlichen Ordnung unversehrt erhalten werden solle — also eine umschriebene Drohung an alle diejenigen, die mit der Art dieses Gefüges nicht einverstanden sind. Aus dem weiteren mageren Inhalt war nur zu ersehen, daß die angekündigten Militär- und Marinevorlagen bestimmt kommen werden. Im Reichstage selbst machte Traeger seine Sache kurz aber gut. Anwesend waren 374 Mitglieder; die Tribünen waren dicht besetzt. Das Ganze war Formsache. Die Präsidentenwahl sollte am Donnerstag vor sich gehen. Aber an diesem Tage eröffnete der Alterspräsident die Sitzung um 3 Uhr nachmittags, und gleich darauf nahm Bassermann das Wort, um den Antrag zu stellen: „das Haus möge sich bis Freitag, mittags 2 Uhr, vertagen“. Man hatte sich in den Fraktionen noch nicht über die Besetzung des Präsidiums einigen können. Der Antrag wurde an-

genommen, nachdem derselbe auch vom Zentrumsabgeordneten Gröber unter Heiterkeit des Hauses unterstützt wurde. Hinter den Kulissen wurde nun zunächst der Brei weitergekocht. Aber durch die Wankelmütigkeit eines Teils der Nationalliberalen, die es bereits wieder zu den Schwarzblauen hinüberzog, war immer noch keine Einigkeit zwischen den Linksparteien zu erzielen; wenigstens stand es für unsere Fraktion nicht fest, ob die Nationalliberalen geschlossen die Wahl eines Sozialdemokraten für den Posten eines ersten Vizepräsidenten unterstützen würden, und deshalb stellten wir im Genossen Bebel auch einen Kandidaten zum Präsidenten selber. Auf ihn fielen die 110 Stimmen unserer Fraktion; Spahn, Zentrum, erhielt 185 und Prinz Carolath, Nationalliberaler, 88 Stimmen. Da somit die absolute Mehrheit für keinen vorhanden war, kam ein zweiter Wahlgang, und diesmal erhielt Spahn 186, Bebel 114, Prinz Carolath 85. Nach der Geschäftsordnung konnte nun erst eine eigentliche Stichwahl stattfinden, und jetzt fielen auf Spahn 196, auf Bebel 175, ersterer war also gewählt. Der erste Vizepräsident fiel dann mit 188 Stimmen unserer Fraktion (Genossen Scheidemann) zu; zum zweiten Vizepräsidentenposten kam dann der Nationalliberale Dr. Paasche mit 274 Stimmen.

Aber der so schon ungemein langwierige Geburtsakt sollte trotzdem noch keineswegs beendet sein und ist es auch bis zum Schlusse unseres Blattes noch nicht; denn Spahn hat bereits seinen Posten wieder niedergelegt! Er würde ihn wohl auch schwerlich längere Zeit behalten haben, weil bei Beginn einer Legislaturperiode das erste Präsidium zunächst nur auf vier Wochen Probezeit arbeiten muß und dann erst noch einmal zu bestätigen ist. Es hätte aber kein Grund vorgelegen, dem Vertreter des Zentrums seinen Posten zu lassen. Die Sozialdemokraten hatten ja von vornherein ihren Anspruch auf den Präsidentenposten an die Nationalliberalen abgetreten und wären somit sofort für diesen eingetreten, wenn sie gleich völlig sicher auf gegenseitige Hilfe hätten rechnen können. An dieser Sicherheit hat es aber gemangelt, und nur deshalb war schließlich Bebel präsentiert worden. Aber nunmehr hätte man bei dem noch fälligen Bestätigungswahlgang den Zentrumsmann doch wieder heruntergewählt, und so hat dieser es vorgezogen, freiwillig zu gehen. Er hat wenigstens ein hervorragendes Werk während seiner kurzen Geschäftsführung vollbracht — er hat die Wahl des ersten Sozialdemokraten in ein Reichstagspräsidium geleitet.

*

Die Landtagswahlen in Bayern haben nicht den sehnlichsten Wunsch, die Macht des dortigen schwarz-blauen Blocks zu brechen, in Erfüllung gehen lassen. Es werden im neuen Landtage immer noch 94 Zentrums- und konservative Abgeordnete 69 Liberalen und Sozialdemokraten gegenüberstehen, und das Zentrum hat auch dann noch die Majorität von 87 gegen 76, wenn wirklich einmal die Konservativen gegen die Klerikalen mitstimmen sollten. Aber die schwarze Herrschaft im Lande ist doch schwer erschüttert worden — auch in Bayern sind die Liberalen und vor allem die Sozialdemokratie auf dem Vormarsch.

Allgemeine Rundschau.

„Sarotti", Schokoladen- und Kakaoindustrie A. G., vergrößert gegenwärtig den Betrieb ganz bedeutend und hat in Tempelhof bei Berlin ein 42 000 qm großes Grundstück mit direktem Bahn- und Wasseranschluß erworben. Letzterer wird besonders die Zufuhr von Rohkakao vom Hamburger Hafen aus verbilligen; für die Kakaolagerung will man überhaupt einen großen Silo errichten, der 12 000 Tonnen (à 20 Zentner) fassen kann. Die Gebäudefront wird eine Länge von 300 m erhalten und die maschinelle Einrichtung soll natürlich die denkbar vollkommenste werden. In aufdringlicher Weise berichten die Unternehmerorgane auch bereits, daß alle erdenklichen hygienischen Einrichtungen vorgesehen werden — „das sei bei einem solchen modernen Bau der Nahrungsmittelbranche selbstverständlich, und der zunächst noch freibleibende Teil des Grundstücks werde schon jetzt gartenartig hergerichtet".

Da werden wahrscheinlich unsere Kollegen und Kolleginnen während der kurzen Pausen zwischen Rosen wandeln können. Nun, sie werden gewiß froh sein, aus den jetzt sehr unzulänglichen Arbeits- und Aufenthaltsräumen des alten Betriebes herauszukommen, aber die bloße Aussicht auf bessere hygienische Einrichtungen wird sie kaum recht zufriedenstellen. Sie wünschen vielmehr, daß auch die in den letzten Jahren üblich gewordenen Lohnbewegungen nach unten endlich aufhören, und sie wünschen weiter, die Betriebsleitung möge einsehen, daß wieder ein anderer Kurs eingeschlagen werden muß. Die höchste Zeit wird es!

Der Segen unserer agrarischen Zollpolitik wird durch folgenden Fall, auf den das „Berliner Tageblatt" am 31. Januar hinwies, wieder einmal treffend beleuchtet. Es schrieb:

„Es ist interessant, darauf hinzuweisen, daß vor einiger Zeit an einem süddeutschen Marktplatz ein ausländisches und ein deutsches Proviantamt zu gleicher Zeit auf eine Partie Getreide reflektierten. Das ausländische Proviantamt erhielt indes den Zuschlag, da es infolge der Ausfuhrvergütung in Höhe von *M* 50 pro Tonne den deutschen Hafer billiger bekam als das deutsche Proviantamt und infolgedessen in der Lage war, einen Ueberpreis gegenüber dem deutschen Proviantamt zu bewilligen."

Da es sich um einen süddeutschen Marktplatz handelt, so wird es wohl ein französisches Proviantamt gewesen sein, das den Hafer kaufte, und es ergibt sich da folgende wunderbare Sachlage: der „Erbfeind" kauft dem deutschen Proviantamt, das den Hafer für die deutschen Kavalleriegäule braucht, die Ware vor der Nase weg und das Zollamt des Deutschen Reiches zahlt dafür an diesen „Erbfeind" auf jede Tonne ausgeführten Hafers *M* 50 drauf! Das nennen dann die braven Junker „nationale Wirtschaftspolitik", und ihr politischer Kommis, Herr Bethmann-Hollweg, erklärt, er werde um nichts in der Welt an dem „bewährten System" rühren lassen.

Auch der Berliner Handelskammerbericht würdigt den „Segen" dieses Systems. Auf dem Getreidemarkt sei das Jahr 1911 sehr aufregend gewesen. Als Grund wird angegeben, außerordentliche Dürre, starke Ausfälle in der Kartoffelernte, überhaupt Mangel an Futtermitteln. Russische Gerste wäre in Massen gehandelt worden; die russischen Lieferanten waren zum Teil aber nicht in der Lage, weil finanziell außer stande — anderenteils aber böswillig genug, ihren Verbindlichkeiten nicht nachzukommen. Von ungünstigem Einfluß auf den Handel war die Unsicherheit in der Marokkofrage sowie der Ausbruch des türkisch-italienischen Krieges gewesen. All dieser Schaden wurde teilweise ausgeglichen durch die prachtvolle Qualität der Ernte. Darauf fährt aber der Bericht fort:

Um so bedauerlicher ist natürlich, daß von solcher Ware ansehnliche Mengen ins Ausland gehen zu Preisen, die viel billiger sind, als sie der deutsche Konsument bezahlen muß, und die die Verwendung der Ware als Viehfutter im Auslande gestattet.

Jeder weitere Kommentar ist überflüssig!

Für die Arbeiterinnen.

Stillstunden für arbeitende junge Mütter auf staatlichen Bergwerken Preußens. Die preußischen Oberbergämter sind durch Runderlaß des Ministers für Handel und Gewerbe angewiesen worden, den an Separatoren, Lesebändern usw. in fiskalischen Gruben beschäftigten stillenden Müttern während der Stillzeit täglich eine Freistunde zu gewähren, die im Schichtlohn nicht in Abzug gebracht werden darf.

Ein Erlaß, der sicher zu begrüßen ist. Schlimm genug freilich, daß im „Lande der hervorragendsten Sozialpolitik" überhaupt die Beschäftigung von Frauen und stillenden Müttern in derartigen Betrieben gestattet ist, und noch schlimmer, daß Frauen und Mütter durch ihre wirtschaftliche Lage gezwungen sind, derartige Arbeit anzunehmen.

Genossenschaftliches.

Bäcker- und Konditorenmeister sind erbitterte Feinde der Arbeitergenossenschaften, aber das genossenschaftliche Prinzip wissen sie bekanntlich sehr gut anzuwenden, wenn sie selber sich dadurch Vorteile verschaffen können. Einkaufsvereinigungen solcher Art haben sie schon in Hülle und Fülle — jetzt gehen sie auch zu gemeinschaftlichem Verkauf über, um unliebsame Konkurrenz auszuschalten. So hat kürzlich die Konditoreninnung in Iserlohn eine Genossenschaft gegründet, die sich mit dem Verkauf von Speiseeis auf der Straße befaßt und am 1. April in Wirksamkeit treten will. Süß' Heil! Der Plan zeugt auch in anderer Hinsicht von der Skrupellosigkeit unserer Zünftler. Früher forderte man — natürlich unter Berufung auf die Hygiene im Interesse der Konsumenten! — ein Verbot des Handels mit Speiseeis auf der Straße und hat in einzelnen Städten es auch durchgesetzt, daß den „fliegenden Eisitalienern" die Existenz genommen wurde, und heute sind mit einem Male alle Bedenken verschwunden!

Fachtechnische Rundschau.

Patentschau. Vom Patentbureau O. Krueger & Co., Dresden, Schloßstr. 2. Abschriften billigst. Auskünfte frei.

Angemeldetes Patent: Kl. 2a. F. 15 959. Einrichtung zur Entfernung der Backbehälter aus Backöfen mit im Backraum kreisenden Backbehältern. Paul Ernst, Wilh. Hirsch und Gust. Fleischer, Bukarest. Ang. 27. Juni 1910.

Gebrauchsmuster: Kl. 2a. 494 762. Ausbackkorb. Jos. Czekalla, Breslau. Ang. 29. Mai 1911. — Kl. 2a. 494 812. Apparat für Bäckereien zum Oelen der Backware vor dem Einkerben zum Halbieren. Ferd. Schwarz, Frankenthal. Ang. 8. Januar 1912. — Kl. 2a. 495 080. Kuchenform. Bernh. Heßling, Berlin-Wilmersdorf. Ang. 19. Dezember 1911. — Kl. 2a. 495 137. Backofen mit mehreren Backräumen. Emil Grundmann und Albin Michel, Großschönau i. S. Ang. 15. Januar 1912. — Kl. 2b. 494 640. Auf Kreuz- oder andere Stützen gestellte mit federndem Rührflügel versehene Spätzlemaschine. Otto Maier, Sulzbach a. d. Murr. Ang. 6. Januar 1912.

Sack und Aehren.

Ein dicker Sack, den Bauer Bolte,
Der ihn zur Mühle tragen wollte,
Um auszuruhn, mal hingestellt
Dicht an ein reifes Aehrenfeld —
Legt sich in würdevolle Falten
Und fängt 'ne Rede an zu halten:
Ich, sprach er, bin der volle Sack,
Ihr Aehren seid nur dummes Pack.
Ich bin's, der euch auf dieser Welt
In Einigkeit zusammenhält.
Ich bin's, der hoch vonnöten ist,
Daß euch das Federvieh nicht frißt;
Ich, dessen hohe Fassungskraft
Euch schließlich in die Mühle schafft.
Verneigt euch tief, denn ich bin der!
Wer wäret ihr, wenn ich nicht wär?
Sanft rauschten die Aehren:
Du wärest ein leerer Schlauch, wenn wir
nicht wären.

Literarisches.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Die Arbeitszeit in den Gemeindebetrieben. Zusammengestellt nach dem Stande vom 1. Mai 1911. 46 Seiten.

— Die Arbeitslöhne in den Gemeindebetrieben. Zusammengestellt nach dem Stande vom 15. Mai 1911. 79 Seiten.

— Die Arbeiterfürsorge in den Gemeindebetrieben. Zusammengestellt nach dem Stande vom Jahresschluß 1910. 31 Seiten. Selbstverlag.

Internationales Arbeitsamt. Liste der gewerbli[illegible] Gifte und anderer gesundheitsschädlicher Stoffe, die in [illegible] Industrie Verwendung finden. Nach den Beschlüssen [illegible] Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz entworfen von Prof. Dr. Th. Sommerfeld und Gewerbe[illegible] Dr. R. Fischer. Redigiert durch den ständigen hygienis[illegible] Beirat der Internationalen Vereinigung. Verlag von Gu[illegible] Fischer, Jena. 30 Seiten. Preis *M.* 1.

— Erster vergleichender Bericht über die zur Durchführung der Arbeiterschutzgesetze getroffenen Maßnahm[illegible] Die Gewerbeaufsicht in Europa, der Internationalen [illegible]einigung für gesetzlichen Arbeiterschutz vorgelegt von ihr[illegible] Bureau. Verlag von Gustav Fischer, Jena. 111 Seiten.

Anzeigen.

Erklärung.

Die Unterzeichneten nehmen die gegen den Bäckergehil[illegible] **Franz Weigl,** Altgeselle der Münchner Bäckergehil[illegible] gemachten Vorwürfe, daß Weigl beim Streik der Münch[illegible] Bäckergehilfen im Jahre 1899 Streikarbeit verrichtet hat, [illegible] völlig grund- und haltlos mit dem Ausdruck des Bedauer[illegible] zurück und verpflichten sich, die entstandenen Kosten nebst e[illegible] festgesetzten Geldbuße für die Verbandskasse zu tragen.

Sebastian Heer. Josef Mühlbauer.
München. [*M.*

Unserm Kollegen **Fritz Engmann** nebst seiner [illegible] lieben **Braut**

die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung

[*M.* 3,30] Zahlstelle **Görlitz.**

Nürnberger Bäcker- und Konditorgehilfen
decken ihren Bedarf am besten bei
Hans Derfuss, Schneidermeister, Heugasse 2, 1. [illegible]
gegenüber dem Verbandslokal.

Münchener Bäcker und Konditorgehilfen
decken ihren Bedarf am besten bei
Gg. Prem, Schneidermeister, Walterstr. 19[illegible]

Frankfurt a. M.-Bockenheim.
Einer geehrten Nachbarschaft und allen werten Verbandskollegen die ergebene Mitteilung, daß ich die
Wirtschaft, Mühlgasse 1,
übernommen habe und stets das Beste bei freundlicher Bedienung gewähren werde.
Geneigten Zuspruch erbittet Hochachtungsvoll
[*M.* 5] **Karl Reuss, Mühlgasse 1.**

Zürich (Schweiz) ::: Bäcker
Verkehrslokal und Herberge der Bäcker, „Gasthaus zum hintern Stern", empfiehlt sich den organisierten Bäckereiarbeitern bestens.
Bekannt durch billige Betten, gute Speisen und
[*M.* 4] **reelle Getränke. A. Kohler**

Spezial-Tanzunterricht für die Herren Bäcker usw. **Berlin,** Schönhauser Allee 28, **Berolina-Säle.**
Honorar *M.* **6** bis zur vollständigen Ausbildung als guter Tänzer ohne Nachzahlung von Lehrhonorar.
Unterrichtsstunden: **Sonntag nachmittags von 4 bis 7 Uhr und Mittwoch abends von 8 bis 10 Uhr.**
Nach dem Unterricht: **Gesellschaftsstunde.**
Für gewissenhafte Ausbildung letzte Garantie. Anmeldung jederzeit erbeten.
Emil Schulz, Tanzlehrer seit 1897, **Berlin N 31,** Bernauerstr. 117.

Mitglieder- bezw. öffentliche Versammlungen.

Sonntag, 18. Februar:

Dessau. — **Gelsenkirchen:** 2 Uhr im Volkshaus, Kaiserstr. 65. — **Landshut:** Im „Hoferbräu", Neustadt 444. — **Neunkirchen:** „Zu den drei Kaisern", Oberer Markt.

Dienstag, 20. Februar:

Zwickau: Im „Brauerschlößchen".

Mittwoch, 21. Februar:

Hamburg-Altona (Seefahrende): 8 Uhr bei Pfeifer, St. Pauli, Silbersackstr. 15. — **Thale a. H.:** „Zum Reichskanzler", Hüttenchaussee.

Sonntag, 25. Februar:

Aalen: Vorm. 10 Uhr im Gasthaus „Zum Hirsch". — **Bayreuth:** Im Restaurant Brey, Kirchgasse. — **Bochum:** 4 Uhr bei Schäfer, Ringstr. 8. — **Chemnitz:** 3 Uhr, „Zur Sängerloge", Logenstraße. — **Cöln a. Rh.:** Vorm. 10½ Uhr, Severinstr. 199. — **Hennigsdorf:** 4 Uhr bei Teßmann. — **Landsberg a. d. W.:** 2 Uhr bei Daber, Moltkeplatz. — **Lüneburg:** 3 Uhr bei Balk, Sülztor. — **Rüstringen-Wilhelmshaven:** 4 Uhr bei Buddenberg, Rüstringen, Peterstraße. — **Wittenberg (Halle):** Vorm. 10 Uhr, „Zur Einigkeit", Töpferstr. 1

Für die Redaktion verantwortlich: Felix Weidler, Hamburg, Besenbinderhof 57. — Verlag von O. Allmann, Hamburg. — Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.